

## **Festschrift 2003**

Antonia Grunenberg	Seite 1
Ralf Fücks	Seite 3
Michael Ignatieff 1	Seite 5
Michael Ignatieff 2	Seite 16
Thomas Schmid	Seite 20
Elisabeth Motschmann	Seite 30

### **Antonia Grunenberg**

Lassen Sie mich noch ein paar Worte sagen zu dem Faktum, daß Michael Ignatieff zum Preisträger des Jahres 2003 wurde.

Wie Sie wissen, sucht eine internationale Jury die jeweiligen Preisträger aus. Die Jury hat besonders gewürdigt, daß die Bücher Michael Ignatieffs, – insbesondere „Virtueller Krieg. Kosovo und die Folgen“, „Die Politik der Menschenrechte“ oder „Empire lite“ – nicht einfach staatliche oder gesellschaftliche Realität abschildern, sondern die Leserinnen und Leser in konfligierende Perspektiven ein- und derselben Wirklichkeit hineinziehen. Ignatieffs Art und Weise des Beschreibens macht uns mit den unwägbareren Risiken und Folgen des westlichen Handelns bekannt (im Irak wie in Bosnien, in Afghanistan oder anderswo). Er fragt also sowohl nach den Möglichkeiten des Handelns wie nach seinen Dilemmata oder den Sackgassen, in die politisches Handeln geraten kann. Für Hannah Arendt ist Handeln ein unabschließbarer Prozeß mit offenem Ende, das heißt mit der Möglichkeit des Scheiterns ebenso wie mit der Chance des Gelingens. Indem er in die Ereignisse hineingeht und sie nicht von außen abschildert, folgt Ignatieff in gewisser Weise dieser Spur des Arendtschen Denkens. Dabei fordert er seine Leser heraus, sich auch auf die Unwägbarkeiten des Handelns einzulassen.

Was tun wir eigentlich, wenn wir handeln?, fragt Hannah Arendt. Michael Ignatieff fragt, welche Handlungsmöglichkeiten bleiben in so verfahrenen Situationen wie im Kosovo oder in Afghanistan – oder jetzt im Irak offen. Ist die Konsequenz aus andauernder Korruption, Haß und Gewalt im Kosovo, daß der Westen sich zurückzieht? Ignatieff kritisiert die Haltung der europäischen Mächte Frankreich und Deutschland, die er für gefährlich hält. Der europäische Wunsch, in Frieden zu leben, ein Wunsch, der ja den Amerikanern nicht unbedingt fremd ist, erfordert angesichts eines verzweigten Terrornetzes, welches sich auf die Zerstörung säkularer politischer Gemeinwesen richtet, mehr als Zurückhaltung und diplomatisches Geschick. Vor allem aber sollten wir, argumentiert Michael Ignatieff, nicht der Illusion anhängen, als würden

die guten Absichten unseres Tuns sich so problemslos auch anderen, den betroffenen Menschen zeigen, wie wir das gerne hätten.

Das Provozierende an Ignatieffs Denkweise ist, daß er politisches Denken und Handeln nicht in Kategorien von politischen Lagern oder Parteien begreift, sondern es konfrontiert mit den Ereignissen selbst. Diese erzählen ihre Geschichten, die von uns gehört werden wollen, die uns verwirren, die unser öffentliches Nachdenken erfordern.

Ignatieff selbst setzt sich diesen Ereignissen aus, indem er reist, sich die Arbeit der internationalen Hilfsorganisationen anschaut, mit ihren Vertretern und den von ihnen Beschützten, der einheimischen Bevölkerung spricht. Seine Bücher berichten auch über einen Reisenden, der seismographische Veränderungen in der politischen Landschaft aufnimmt, indem er dem Schicksal zerfallender Staaten in Afrika, dem ehemaligen Jugoslawien, im Irak und in Afghanistan nachgeht und öffentlich darüber nachdenkt, wie sie von uns gelesen und verstanden werden können. Als ein Beispiel solcher Arbeit des seismographischen Wahrnehmens verstehe ich auch seinen Versuch, begrifflich zu verdeutlichen, wie man die vom Westen betriebene Politik gegenwärtig nennen könnte. Der Begriff „Empire lite“ versucht, den Dilemmata einer militärisch gestützten Menschenrechtspolitik nachzugehen, indem er eben nicht die jetzige Politik mit der klassischen Imperialismusdefinition überdeckt, sondern fragt: Was ist ähnlich, was ist neu?

Eine solche Einstellung ist nicht mainstream im Geschäft der Politik und auch nicht in dem der Wissenschaft. Umso wertvoller ist der Jury Ihre Stimme, lieber Herr Ignatieff, die hinter den eingefahrenen Gleisen ein authentisches Wahrnehmen der Welt und ein wohlbedachtes Eingreifen entdeckt.

Michael Ignatieff ist der erste transatlantische Preisträger. In Kanada geboren, lebt und arbeitet er seit vielen Jahren in den Vereinigten Staaten. Die Jury hat nicht nur gewürdigt, daß Michael Ignatieff in Zeiten anhaltender transatlantischer Störungen einen Schritt in Richtung auf die Belebung des europäisch-amerikanischen Diskurses unternimmt. Die Entscheidung, ihm den Preis zu geben, beleuchtet auch einen Aspekt des Arendtschen Werkes, nämlich ein Denken zwischen den beiden Polen des Westens, zwischen Europa und Amerika.

Doch bleibt dieser Schritt bei Ihnen, lieber Herr Ignatieff, nicht bei der Geste des „good will“, darauf verweist auch der Titel Ihres Vortrags. Sie tun das in einer Weise, die uns verdeutlichen kann, wie sehr Europa mit dem politischen Weg Amerikas verwoben ist. Natürlich wurden Michael Ignatieffs reiche Begabungen von der Jury nicht annähernd vollständig gewürdigt werden. Wir ehren heute den politischen Essayisten, den Journalisten,

ja auch den Hochschullehrer als eine außergewöhnliche Persönlichkeit des öffentlichen Streitgesprächs. Der Romancier, der Erzähler wäre anderorts zu ehren.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch ein paar Worte des Dankes sagen.

Daß uns der Senat der Hansestadt Bremen mit seinem Bürgermeister und die Heinrich Böll-Stiftung diese Preisverleihung ermöglichen, dafür danken wir ihnen herzlich. Wir sind davon überzeugt, daß das Preisgeld, das der Bremer Senat und die Böll-Stiftung aufbringen, eine gute Investition in den politischen Diskurs gerade heute ist.

Danken möchte ich auch meinen Mitstreitern Zoltan Szankay, Lothar Probst und Peter Rüdel vom „Hannah Arendt Verein für politisches Denken“ und den Mitgliedern der Jury für die Arbeit der Preisträgerfindung. Solch ein Preis will immer wieder neu belebt werden. Der „Hannah Arendt-Preis für politisches Denken“ will ja bewußt auch ein An-Stoß erregen, im wörtlichen Sinne, er möchte Diskussionen provozieren und für Belebung der öffentlichen Debatte sorgen. Ich denke, das ist allen Beteiligten an der Preisverleihung gelungen.

Ich möchte nicht enden, ohne Brigitte Sauzays zu gedenken, die vor kurzem gestorben ist. Ihre Laudatio 2001 auf die Preisträger Ernst Vollrath und Daniel Cohn-Bendit hat seinerzeit sichtbar werden lassen, daß Brigitte Sauzay eine Persönlichkeit war, deren politischer Verstand weit über das diplomatische Geschick hinausreicht. Wir erinnern uns ein bißchen wehmütig an sie, denn wir hatten noch gemeinsame.

Ralf Fücks

### **Verleihung des Hannah-Arendt-Preises 2003 an Michael Ignatieff**

Als ich von der Entscheidung der Jury über die Vergabe des Hannah Arendt Preises 2003 erfuhr, erschien sie mir fast selbstverständlich. Selten habe ich eine so große Übereinstimmung von Preis und Preisträger empfunden wie in diesem Fall.

Michael Ignatieff. ist einer der hervorragenden politischen Denker unserer Zeit – ein politischer Intellektueller, der ganz im Sinne der Maxime Heinrich Bölls – Einmischung erwünscht! – handelt, der sich nicht in den akademischen Elfenbeinturm geflüchtet hat, sondern sich mitten im Handgemenge bewegt.

Sein Repertoire umfasst den Essay wie die Reportage, er hat Fernsehfilme gedreht und Radioprogramme geleitet, und er hat literarische Anerkennung mit seinen Romanen und mit seiner Familiensaga gefunden – der Geschichte einer russischen Emigrantenfamilie, die es nach Frankreich und Kanada verschlägt. Auch diese stilistische Vielseitigkeit hat er mit Hannah Arendt

gemeinsam – die lebendige Kommunikation mit politischen Öffentlichkeit, die sich über die Grenzen von Wissenschaft und Journalismus hinwegsetzt

Ignatieff ist eine Person des öffentlichen Lebens. Es geht ihm nicht allein um akademische Reputation, sondern um politische Intervention durch Aufklärung: durch das Verstehen dessen, was in der Welt geschieht und was wir tun können, um sie menschlicher zu machen – oder zumindest, um zu verhindern, dass die Barbarei Raum gewinnt.

Er ist in die Brennpunkte der neuen ethno-nationalistischen Kriege gegangen, nach Bosnien, Serbien und Kroatien; er ist in Ruanda gewesen, einem Ort des Versagens des Westens angesichts eines vorhersehbaren Völkermords; er hat sich selbst ein Bild von der Konfliktlage in Afghanistan gemacht, wo sich wie in einem Brennglas die Schwierigkeiten des „nation building“ in einer tribalistischen und islamisch-konservativen Gesellschaft zeigen.

In Afghanistan konnte man bereits studieren, was sich im Irak unter anderen Umständen wiederholt: Für eine Macht wie die USA ist es vergleichsweise einfach, autoritäre Regimes militärisch aus dem Sattel zu werfen – die eigentlichen Schwierigkeiten kommen erst danach, wenn es darum geht, eine zivile Gesellschaft und einen halbwegs demokratischen Staat aufzubauen, wo weder das eine noch das andere in der Tradition des Landes verankert ist.

Ignatieff hat sich intensiv mit der Frage der moralischen Legitimation und des politischen Sinns von militärischen Interventionen auseinandergesetzt – jenseits eines Pazifismus, der allzu oft nicht von Appeasement-Politik und einer unpolitischen „ohne mich“- Haltung zu unterscheiden ist; zugleich in kritischer Distanz zu Gewaltpolitik und naivem Aktionismus. Dabei wirft er sowohl einen kritischen Blick auf die Gefahren politischer und moralischer Überheblichkeit des Westens wie auf die Herausforderungen, die der Demokratie durch das Aufkommen neuer totalitärer Bewegungen drohen: den militanten Ethno-Nationalismus, wie er sich auf dem Balkan ausgetobt hat, und den religiös aufgeladenen Fundamentalismus, dessen Terror sich unterschiedslos gegen die westliche Zivilisation und ihre Verbündeten richtet. Unsere Gesellschaft, zumal ihr links-liberaler Teil, neigt dazu, diese Gefahren zu verdrängen, weil wir die unangenehmen Konsequenzen aus dieser Einsicht scheuen – aber es wäre fatal, die Anschläge des 11.09.2001 oder die jüngsten Massaker in Istanbul nicht als das zu lesen, was sie sind: als eine Kriegserklärung gegen die westliche Zivilisation, der wir entschlossen und klug begegnen müssen.

Ignatieff greift Fragen wieder auf, die das Werk von Hannah Arendt durchziehen: nach den Ursprüngen totalitärer Bewegungen, dem Verhältnis von Moral und Politik und nach der Reichweite unserer Verantwortung gegenüber Dritten. Auch insofern passt der Hannah-Arendt-Preis bestens zu ihm und er zu dem Preis. Er gehört zur Kategorie der liberalen Internationalisten,

von denen es bei uns zu wenige gibt und die hierzulande allzu leicht in die Schublade des Neo-Imperialismus gesteckt werden, weil sie eine pro-aktive Politik zugunsten der Menschenrechte vertreten.

Es ist eine wichtige Funktion des Hannah-Arendt-Preises, politischen Vordenkern wie Michael Ignatieff ein Forum zu geben und zugleich an ihrer Person und ihrem Werk eine öffentliche Reflexion über die res publica zu inszenieren. Wir brauchen solche Orte einer republikanischen Selbstvergewisserung über unsere Haltung zu den großen Konfliktfragen der Welt und in unserer Gesellschaft gerade in Zeiten, in denen die Konfliktpotentiale zunehmen. Wir brauchen sie gerade in Deutschland, wo wir uns mitten in einem geistigen und politischen Umbruch befinden.

Die Verwerfungen in der internationalen Politik machen die Frage nach der internationalen Rolle Deutschlands, der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der EU und der Zukunft der transatlantischen Allianz unausweichlich: gibt es den Westen als Werte- und Handlungsgemeinschaft noch und soll es ihn noch geben? Die Antwort auf diese Frage ist keineswegs so selbstverständlich, wie sie es noch vor wenigen Jahren war.

Die Debatte um die internationale Orientierung der Bundesrepublik mischt sich auf brisante Weise mit einer Neubestimmung unserer nationalen Identität, die sich quasi hinter unserem Rücken entwickelt hat. Katalysatoren für diese Neuorientierung mit ungewissem Ausgang waren die neue deutsche Opferdebatte, die sich am Bombenkrieg der Alliierten und an der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten manifestierte, aber auch die Walser-Rede in der Frankfurter Paulskirche. Es geht offenbar darum, endlich aus dem Schatten des Holocaust und des Vernichtungskriegs im Osten herauszutreten und das kollektive schlechte Gewissen abzuschütteln – ein Motiv, das aus jede Zeile der Fuldaer Rede des inzwischen fraktionslosen Abgeordneten Hohmann hervorlugt. Gerade angesichts dieser Irrungen und Wirrungen in der geistigen Verfassung der Republik brauchen wir Orte und Institutionen eines wachen und kritischen Bewusstseins wie den Hannah Arendt Preis.

Ich beglückwünsche deshalb nicht nur den Preisträger, sondern auch diejenigen, die dieses Projekt mit zähem Engagement über die Jahre hinweg lebendig gehalten haben.

### **Warum sind wir im Irak? (und in Liberia? Und Afghanistan?) 7.9.2003 Von Michael Ignatieff**

I.

Die Soldaten der 101. Luftlande- und 1. Panzerdivision stecken in den finsternen Seitenstraßen des Irak fest. Sie sind verdreckt und verschwitzt, sie haben Angst. Sie wollen nach Hause, aber stattdessen sind

sie festgenagelt, müssen sich gegen blitzartige Guerillaangriffe wehren und versuchen, Sabotageakte gegen Pipelines, Wasserleitungen und die Stromversorgung zu verhindern. Es wurde ihnen gesagt, dass sie als Befreier begrüßt würden, aber jetzt, viele Monate später, sind sie eine Besatzungsarmee, die versucht, den Ruf eines Präsidenten zu retten, der ihnen niemals gesagt hat – wusste er es denn selbst? – worauf sie sich eingelassen hatten. Die muslimischen Kämpfer, die sich in aller Eile den Überresten von Saddam Husseins Anhängern anschließen, um ihren Anspruch auf die Rückeroberung des Irak mit einem Guerillakrieg zu bekräftigen, wussten schon immer, wofür dieser Krieg geführt wurde – es ging niemals einfach nur darum, den Gebrauch von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, sondern darum, die Macht Amerikas in der arabischen Welt zu konsolidieren. Einige Personen in der Regierung haben dies zweifellos verstanden, obwohl sich niemand die Mühe machte, dem amerikanischen Volk oder dem Rest der Welt alle Gründe dafür, diesen Krieg anzufangen, zu erklären.

Jetzt aber wissen wir es. Irak könnte für Amerika das werden, was Afghanistan für das Sowjetimperium wurde: der Ort, wo sein Kampf gegen den islamischen Dschihad gewonnen oder verloren wird. Die Vereinigten Staaten sind auch nicht das einzige Ziel. Der Selbstmordattentäter, der Sergio Viera de Mello tötete und das UNO-Team dezimierte, hat die Vereinten Nationen mit in den Strudel gezogen. Die Vereinten Nationen kamen nach Bagdad, um dem amerikanischen *nation building* einen Anstrich von Legitimität zu geben. Nun ist die Weltorganisation als Komplize einer Besatzung selbst zur Zielscheibe geworden. Wenn die Vereinigten Staaten im Irak scheitern, so scheitern auch die Vereinten Nationen.

Um die Entwicklung im Irak wirklich zu verstehen, müssen wir sie in die lange Geschichte amerikanischer Interventionen in Übersee einordnen. So sollte man sich ins Gedächtnis rufen, dass, wenn in der Vergangenheit amerikanische Soldaten andere Länder besetzten, zum Beispiel Japan oder Deutschland, es mehr oder weniger genau so anfing: nicht genügend Lebensmittel, nicht genügend Elektrizität, nicht genügend Recht und Ordnung (und in Deutschland letzte verstreute Nazikämpfer). Wenn diese Geschichte ein Teil dessen ist, was uns in den Irak getrieben hat, nach welcher Doktrin, so es denn eine gibt, wurde dann bestimmt, wann und wohin Amerikaner in den Kampf geschickt wurden? Bevor die Vereinigten Staaten Truppen an irgendeine zukünftige Front schicken – Syrien? Nordkorea? Iran? – sind zwei Fragen entscheidend: Welche Lehren können wir aus der Geschichte amerikanischer Interventionen für unsere Hoffnungen und Ängste ziehen? Wie könnten die Vereinigten Staaten eine schlüssige Konfliktstrategie formulieren, die auf die Gefahren – und Möglichkeiten – des 21. Jahrhunderts zugeschnitten ist?

## II.

Von Anfang an ist die amerikanische Republik nie vor Kriegen in Übersee zurückgeschreckt. Eine kürzlich erschienene Studie des Kongresses zeigt auf, dass seit Gründung der Vereinigten Staaten kaum ein Jahr vergangen ist, in dem amerikanische Soldaten nicht im Ausland gewesen sind, nicht „von den Hallen Montezumas zu den Ufern von Tripolis“<sup>1</sup> Piraten gejagt, Banditen gestraft, amerikanische Bürger in Sicherheit gebracht, in Bürgerkriegen interveniert, Massaker gestoppt, Regimes gestürzt, die (gerechter- oder ungerechterweise) als unfreundlich angesehen wurden, und Demokratie exportiert haben. Die amerikanische Außenpolitik besteht zum größten Teil aus Doktrinen, die bestimmen, wann und wo in anderer Leute Länder interveniert wird. 1823 verpflichtete James Monroe die Vereinigten Staaten dazu, fremde Kolonialmächte aus der gesamten westlichen Hemisphäre fern zu halten, auch militärisch, wenn es sein musste. 1906 fügte Theodore Roosevelt eine Ergänzung („*corollary*“) hinzu, die den Vereinigten Staaten das Recht gab, Truppen zu entsenden, wenn einer ihrer lateinamerikanischen Nachbarn an „eklatanten Missetaten“ beteiligt sei. Die meisten Lateinamerikaner interpretierten dies damals wie heute dahingehend, dass die Vereinigten Staaten jede Regierung in der Hemisphäre stürzen würde, die gegen amerikanische Interessen handelt. Anfang des letzten Jahrhunderts gingen amerikanische Truppen in Haiti und der Dominikanischen Republik an Land, um Regierungen einzusetzen, und jagten Pancho Villa durch Mexiko. Diese Art Intervention war nicht nur darauf beschränkt, Lateinamerikaner einzuschüchtern. So wurden 12.000 Truppen entsandt, um die Weißen Armeen gegen die Kommunisten im Russischen Bürgerkrieg, der 1918

<sup>1</sup> Anmerkung des Übersetzers: Erste Zeile der offiziellen Hymne der US-Marineinfanterie, der „Ledernacken“; die „Hallen von Montezuma“ spielen auf den Amerikanisch-mexikanischen Krieg 1846–1848 an, die „Ufer von Tripolis“ auf den Tripolitanischen Krieg 1801–1805 zwischen den Vereinigten Staaten und nordafrikanischen Staaten.

begonnen hatte, zu unterstützen. Im chinesischen Bürgerkrieg in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts landeten 6.000 Soldaten in China, außerdem schützten 44 Kriegsschiffe amerikanische Interessen im Chinesischen Meer. (Keines der beiden Unternehmen war sehr erfolgreich. Sowohl Russland wie China wurden schließlich kommunistisch.)

Trotz der Aufforderung von George Washington, Verstrickungen im Ausland zu vermeiden, und trotz des Appells von John Quincy Adams, Amerika solle dem Erschlagen von Monstern in Übersee abschwören, hat es sich erwiesen, dass glanzvolle Isolation, „*splendid isolation*“, nie eine überzeugende Außenpolitik für Amerikaner gewesen ist. Zuerst 1917 und dann wieder 1941 dachten amerikanische Präsidenten, dass sie Amerika aus europäischen Kriegen heraushalten könnten, nur um herauszufinden, dass Isolation keine ernsthafte Alternative für ein Land war, dass als Weltmacht ernst genommen werden wollte – und genau dies wollte Amerika von Anfang an. Intervention verlangte enorme Opfer – die amerikanischen Gefallenenfriedhöfe in Frankreich sind hierfür ein eindringlicher Beweis – aber amerikanische Soldaten halfen bei der Rettung Europas vor einer Diktatur, und ihr harter Kampf machte Amerika zur mächtigsten Nation der Erde.

Amerikaner sind vielleicht der Meinung, dass ihre Truppen früher zu Hause blieben und dass Intervention und *nation building* selten waren. Tatsächlich aber hat der Regimewechsel eine genau so lange Geschichte in der amerikanischen Außenpolitik wie der Unilateralismus. Bis 1945 die Vereinten Nationen entstanden, intervenierten die Vereinigten Staat eben ohne jemanden um Erlaubnis zu fragen. Nachdem er aber miterlebt hatte, wie Amerika in einen Weltkrieg hineingezogen wurde, weil der Völkerbund so schwach gewesen war, beschloss Franklin Roosevelt, die Schaffung einer starken Weltorganisation zu unterstützen. Er war sogar bereit, teilweise Entscheidungsbefugnis über Interventionen an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abzugeben, indem er dem Sicherheitsrat die Entscheidung darüber überlassen wollte, welche Bedrohungen für internationalen Frieden und Sicherheit Staaten das Recht gaben, Truppen zu entsenden. Die wegen des Kalten Krieges festgefahrene Lage im Sicherheitsrat vereitelte jedoch Roosevelts Traum. Außerdem hat es ein Großteil der amerikanischen öffentlichen Meinung immer in Frage gestellt, dass die Vereinigten Staaten die Vereinten Nationen um Erlaubnis für die Anwendung von militärischer Gewalt im Ausland bitten sollten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollten „unsere Jungs“ vielleicht nach Hause, aber Truman ließ amerikanische Soldaten auf der ganzen Welt Wache halten, um freie Regierungen gegen kommunistische Umstürze zu verteidigen. Das bedeutete, dass die Griechen 1947 gestützt und Truppen geschickt wurden, um 1950 Südkorea vor dem Untergang zu bewahren. Der Antikommunismus hatte jedoch seine Grenzen, so wurde den Ungarn nicht geholfen, als sie sich 1956 gegen die sowjetische Herrschaft auflehnten. Als die sowjetischen Panzer nach Budapest hineinrollten, hatte Eisenhower taube Ohren, als die Ungarn über den Äther um amerikanische Hilfe flehten. Ike entschied, dass eine Intervention, die einen Konflikt, vielleicht einen nuklearen Konflikt, mit einer Großmacht riskierte, sich nicht lohnte.

### III.

Man soll sich niemals mit jemanden anlegen, der genauso stark wie man selber ist, das heißt in unserer Zeit, mit niemanden, der Atomwaffen hat: Dies ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Interventionsregel Nr. 1 gewesen. Mit kleineren Schurken und Mächtgern-harten Burschen wie Saddam Hussein, vielleicht, aber niemals mit jemanden, der wirklich eine Atombombe ins Ziel bringen kann. (Wir werden bald sehen, ob diese Regel auch im Fall Nordkorea angewandt wird.) Sogar während der gewaltigen Intervention in Vietnam bemühte sich Amerika sehr, einen direkten Zusammenstoß mit Russland und China zu vermeiden.

Als Lyndon Johnson eine halbe Million Truppen nach Vietnam schickte, dachte er, dass er den Kommunismus in Asien eindämmte (ohne die chinesischen und russischen Regimes zu bedrohen, die den Kampf Nordvietnams finanzierten). Johnson wurde niemals klar, dass sein Feind letztendlich der vietnamesische Nationalismus war. Die 58.000 Namen, die in den schwarzen Granit des Vietnammahnmals in Washington eingemeißelt sind, sind der Maßstab für seinen Fehler. Regel Nr. 2 für amerikanische Interventionen ergab sich aus Vietnam: Bekämpfe niemals jemanden, der bereiter zu sterben ist, als du selbst. (Dies ist die Regel, die jetzt durch die Guerillakämpfer und Selbstmordattentäter im Irak auf die Probe gestellt wird.) Die Vietnamveteranen, die in der Folge die amerikanischen Streitkräfte kommandierten – mit Colin Powell an der Spitze – einigten sich auch auf Regel Nr. 3, die weiterhin heiß diskutiert wird: Interveniere mit überwältigender Macht nur, wenn du

ein wichtiges nationales Interesse verteidigt. (Daher die vorsichtige Herangehensweise diesen Sommer in Liberia.)

Was aber ist das nationale Interesse nach dem Ende des Kalten Krieges und nach dem Verschwinden der Bedrohung durch ein expandierendes kommunistisches Reich gewesen? Es hat sich kein klares nationales Interesse ergeben. Es hat sich keine klare Diskussion über das nationale Interesse ergeben. Die Politik – wenn man überhaupt von Politik sprechen kann – ist anscheinend vor allem die Gefangene von interventionistischen Lobbies mit Zugang zur Entrüstungsmaschinerie der modernen Medien gewesen. In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts hat Amerika interveniert, um einen Invasoren zu vertreiben (der erste Golfkrieg), um einen Bürgerkrieg zu beenden (Bosnien), um ethnische Säuberungen zu beenden (Kosovo), um die Hungernden zu ernähren (Somalia) und um ein Land vor dem Auseinanderfallen zu bewahren (Mazedonien). Amerika zauderte im Hintergrund und sah zu, wie während dreier schrecklicher Monate in Ruanda 800.000 Menschen starben, während Luftangriffe gegen die Förderer des Genozids in der Regierung, gekoppelt mit einer Verstärkung der UNO-Truppen am Boden vielleicht den Schrecken hätten beenden können. Regel Nr. 4: Gebrauche niemals Gewalt, außer als letztes Mittel (manchmal als Alibi gebraucht, um nichts zu tun).

Während der Jahre der Präsidentschaft von Bill Clinton gab es präsidentielle Direktiven, die versuchten zu definieren, was denn genau die Clintondoktrin zur Intervention sein könnte. Es wurde aber niemals eine Doktrin festgelegt. Es gab eine Leitlinie: den Widerwillen gegen das Vergießen von amerikanischem Blut. Daher Regel Nr. 5: Wenn Gewalt als letztes Mittel benutzt wird, vermeide amerikanische Verluste. Da die Clintonadministration nicht aus Notwendigkeit intervenierte, um das nationale Interesse – was immer das zu der Zeit war – zu schützen, sondern ohne Not, war dies bis zu einem gewissen Grad sinnvoll, wenigstens vom Blickwinkel der Innenpolitik aus gesehen.

Das Problem mit Regel Nr. 5 war, dass sie den Schutz für die entsandte Streitmacht genauso wichtig werden ließ wie die Erfüllung der eigentlichen Mission und so dem Feind ein falsches Signal gegeben haben könnte. Dadurch, dass die Truppen nach der verpatzten Intervention in Somalia 1993 überhastet zurückgezogen wurden, ist es zum Beispiel möglich, dass Bill Clinton Osama bin Laden Grund zu der Annahme gab, dass Amerikaner keinen Mut für einen Kampf haben. Zehn Jahre später zahlen wir vielleicht immer noch für diesen Fehler.

Am Ende der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts beklagten sich konservative Kommentatoren, dass Clintons Interventionsdoktrin, so sie denn existierte, das Gefühl für das nationale Interesse verloren und zur Sozialarbeit degeneriert war. Bush schwor während seiner Wahlkampagne, dass die 101. Luftlandedivision nicht für das Eskortieren ausländischer Kinder auf dem Schulweg verschwendet werden würde und versprach, „die Jungs“ aus Bosnien heimzuholen. (Sie sind immer noch da.) Nach Meinung der Regierung Bush verwässerte zu viel Intervention, wenn es um zu wenig ging, den Zweck der Streitkräfte, nämlich „die Kriege der Nation zu kämpfen und zu gewinnen“. Als Bush Präsident wurde, hatte die Nation keine Kriege zu führen und es drohte auch keiner am Horizont. Dann kam der 11. September – und dann kam zuerst Afghanistan und dann Irak. Diese beiden kehrten Regel Nr. 4 um. (Gebrauche Gewalt nur als letztes Mittel.) Nun legte sich die Regierung Bush darauf fest, Gewalt als erstes Mittel zu gebrauchen. Die Interventionsdoktrin der Regierung Bush ist jedoch nicht klarer als die von Clinton. Die Regierung Bush hat sich einer absoluten militärischen Vorrangstellung verschrieben, glaubt jedoch jemand, dass Clintons Militärs weniger entschlossen waren, die einzige – und überwältigende – Supermacht zu bleiben? Die Bushdoktrin ist auch mit Widersprüchen belastet. Bei der Amtsübernahme schloss der Präsident humanitäre Interventionen aus, Marineinfanteristen sind trotzdem (endlich) im vom Kriege zerrütteten Liberia an Land gegangen. Während der Wahlkampagne im Jahre 2000 schloss Bush Interventionen für die Sache des *nation building* aus, nur um seine Präsidentschaft für das Ergebnis von *nation building* in Afghanistan und im Irak aufs Spiel zu setzen. Obwohl er eine konzentrierte Interventionsstrategie gefordert hat, hat er einen Krieg gegen den Terrorismus erklärt, der Terrorismus niemals klar definiert; er differenziert niemals klar zwischen terroristischen Organisationen in der Frage, welche von diesen Organisationen ausdrücklich amerikanische Interessen bedrohen und welche dies nicht tun; und er hat niemals entschieden, welche Staaten, die Terroristen unterstützen oder Zuflucht bieten, Ziele für amerikanische Interventionen sind. Eine Regierung, deren angebliches Motto „Selbstdisziplin“ ist, lässt zum Beispiel regelmäßig an die Presse durchsickern, dass die Liste ihrer Interventionsziele Syrien oder Irak enthalten könnte – oder auch nicht, je nachdem, an welchem Tag der Woche man fragt. Die Regierung verbindet routinemäßig, absichtlich oder unabsichtlich, Terrorismus und die nukleare Bedrohung durch Schurkenstaaten. Dies sind Bedrohungen einer grundlegend unterschiedlichen Größe und



Wichtigkeit. Zu guter Letzt verspricht die Regierung schnelle und entschiedene Interventionen, die siegreich ausgehen. Wie jedoch Afghanistan zeigt (und der Irak allmählich auch), ist diese Erwartung Ergebnis einer Täuschung. Es war leicht, den Staat abzureißen, der Osama bin Laden Unterschlupf gewährte; Al Kaida stillzulegen hat sich als frustrierend schwer herausgestellt. Interventionen enden nicht, wenn die letzte große Schlacht geschlagen worden ist. In einem Krieg gegen den Terrorismus kann man höchstens darauf hoffen, den Feind einzudämmen, aber nicht, ihn zu besiegen. Wo ist die Doktrin, die diese Wahrheit anerkennt?

Die Regierung Bush hat sich wie keine Regierung zuvor zum Präventivschlag bekannt. Man kann dies eine Strategie nennen, aber kaum eine Doktrin. Wo ist die Definition, wann ein präventiver Schlag wirklich gerechtfertigt ist? In der aufgebrachten Debatte nach dem Irakkrieg darüber, ob die amerikanische Öffentlichkeit (und auch die britische) auf die vorgegebenen Gründe für den Krieg hineingefallen ist, geht es um viel mehr als darum, ob geheimdienstliche Einschätzungen „aufgebauscht“ wurden, um die Bedrohung durch Saddam Hussein überzeugender darzustellen. Es geht darum, welches Niveau von Bedrohung den Gebrauch von präventiver Gewalt gerechtfertigt. Vor fast 20 Jahren hielt George P. Shultz, Reagans Außenminister, eine Rede, in der er warnte, dass Amerika präventiv gegen terroristische Bedrohungen intervenieren müsste, ohne klare Beweise. Seitdem ist nicht klargestellt worden, wie entschieden wird, ob interveniert wird oder nicht, wenn Informationen, wie es natürlich der Fall sein wird, vage sind. Wie Paul Wolfowitz, der stellvertretende Verteidigungsminister der Regierung Bush, offen zugegeben hat, waren die nachrichtendienstlichen Beweise, die benutzt wurden, um militärische Gewalt im Irak zu gerechtfertigen, „unklar“. Wenn dem so war, hätte man dem amerikanischen Volk genau dies sagen müssen. Stattdessen wurde ihm gesagt, dass eine Intervention notwendig war, um einer echten und nahe bevorstehenden Drohung zu begegnen. Jetzt scheint der Standpunkt zu sein, dass der Krieg weniger ein präventiver Akt war, sondern ein Kreuzzug, um ein abscheuliches Regime loszuwerden. Dies macht es aber zu einem Krieg, der ohne Not begonnen wurde – und die Regierung Bush ist mit dem Versprechen an die Macht gekommen, solche Kriege nicht zu führen. Im Augenblick führen die Vereinigten Staaten Kriege in zwei Ländern ohne klare Interventionspolitik, ohne klares Ende in Sichtweite und ohne, dass Amerikaner klar verstünden, auf was sich ihre Nation eingelassen hat.

#### IV.

Es hat in der amerikanischen Politik immer eine Partei der Interventionsgegner gegeben, eine Partei, die glaubt, dass die Republik den Verlockungen des Imperiums widerstehen sollte und dass Demokratie zu Hause bedroht wird, wenn Gewalt benutzt wird, um Demokratie im Ausland zu exportieren. Während des Krieges zur Annexion der Philippinen im Jahre 1898 war die Zierde der amerikanischen intellektuellen und moralischen Elite absolut gegen den Krieg: der Humorist Mark Twain, der Gewerkschaftsführer Samuel Gompers, der Multimillionär Andrew Carnegie und die Sozialkritikerin und -aktivistin Jane Addams. Von diesen Koryphäen vergangener Jahre bis zu den Koryphäen von heute – Norman Mailer, Noam Chomsky und den Dixie Chicks – ist Intervention als imperialistisches Unglück angegriffen worden, das mit der Sprache von Freiheit und Demokratie gerechtfertigt wird, aber tatsächlich aus eigennützigen Motiven verfolgt wird: Öl, Macht, Rache und politischer Vorteil zu Hause und ruchlose Pläne in Übersee.

Die Partei der Interventionsgegner in der amerikanischen Politik erobert oft die Position der moralischen Überlegenheit, verliert aber gewöhnlich den Krieg um die öffentliche Meinung. Mit der Ausnahme von Vietnam – wo der schiere Blutzoll das Unternehmen sowohl für Moralisten wie auch für Realisten aussichtslos erscheinen ließ – ist die amerikanische öffentliche Meinung niemals überzeugt gewesen, dass das Land seine Seele in überseeischen Kriegen verlieren würde. Im Gegenteil haben Amerikaner eine Tendenz gehabt, im Abenteuer aufzugehen. Sie haben auch manchmal geglaubt, dass Intervention ihren Interessen dienlich sein kann. Als Interventionsgegner in den Monaten vor der Invasion des Irak donnerten, „Kein Blut für Öl!“, dachten viele Amerikaner zweifellos, „Wenn ihr nicht kämpfen wollt, um die Ölversorgung zu verteidigen, wofür wollt ihr dann kämpfen?“

Trotzdem möchten Amerikaner, dass sogar diese Art von Interesse durch Prinzipien unterfüttert wird. Ob Amerika im Herzen ein religiöses Land ist, oder einfach versucht, ein besseres Beispiel als die bösen Imperialisten der Vergangenheit zu geben – seine Führer haben Interventionen immer mit Gerechtigkeit – oder wenigstens Selbstlosigkeit – gerechtfertigt. Teddy Roosevelt redete unaufhörlich über die Wiederherstellung von zivilisierten Werten, als er sich Kubas und der Philippinen

bemächtigte. Seine Hintergedanken – Bewachung der Seestraßen zum Panamakanal, den er eröffnen wollte und die Sicherung von Marinestützpunkten im Pazifik – wurden heruntergespielt, damit sie den Vorgängen keine Note vulgärer Berechnung beigaben. Genauso wurden im Irak viel die Menschenrechte und die Demokratie erwähnt, aber viel weniger die offensichtliche Tatsache, dass es bei der Operation um Öl ging, nicht in dem naiven Sinn, dass Amerika für Halliburton in den Krieg zog, sondern im weiteren Sinn, dass Amerika seine hegemoniale Rolle als Garant für eine sichere Ölversorgung der westlichen Wirtschaft konsolidierte.

Es geht jedoch nicht nur um Öl, wie es auch niemals nur um das kapitalistische Interesse gegangen ist. Von Teddy Roosevelt bis George W. Bush hat moralisches Gefühl einen wirklichen Unterschied für Zeitpunkt und Ausmaß von Interventionen bedeutet. Man vergleiche nur Bush Senior und Bush Junior. Der Vater ist ein kaltblütiger, leidenschaftsloser Realist. 1991 war er nicht der Meinung, dass die Unterdrückung der Kurden und Schiiten den Durchmarsch bis nach Bagdad rechtfertigte. Sein Sohn ist eher ein heißblütiger Moralist. Es scheint, dass es für ihn wichtig ist, den Irakern die Freiheit zu bringen, was vielleicht der Grund ist, warum er nach Bagdad losgestürzt ist, ohne sich darum zu sorgen, ob er eine Koalition hinter sich hatte oder nicht. Das heißt nicht, dass der Moralismus des Präsidenten ohne Probleme ist oder dass dieser Moralismus nicht hinterfragt wurde. Als er im September 2002 vor die Vereinten Nationen zog, um die Argumente für eine Militäraktion gegen Saddam Hussein darzulegen, veröffentlichte Amnesty International eine Stellungnahme, in der die Organisation gegen die Verwendung der empörenden Menschenrechtsverletzungen Saddam Husseins als Grund für militärische Gewalt protestierte. Nichts macht Menschenrechtler wütender als zusehen zu müssen, wie politische Führer die Menschenrechte als Rechtfertigung für Aggression vereinnahmen. Human Rights Watch und Amnesty International, die beide zwanzig Jahre lang mit wenig oder gar keiner Unterstützung durch aufeinander folgende amerikanische Regierungen Saddam Husseins Tyrannei angeprangert hatten, hatten guten Grund, um gegenüber den Motiven eines Präsidenten, der erst kürzlich auf den Menschenrechtszug aufgesprungen war, misstrauisch zu sein. Nichtsdestotrotz wurden die Menschenrechtsaktivisten in die merkwürdige Position gedrängt, in der sie Saddam Hussein verurteilten, aber Widerspruch erhoben, als endlich jemand vorschlug, etwas gegen ihn zu unternehmen. Opposition gegen eine Intervention, die die Menschenrechte der Iraker sicherlich verbessern würde, weil der Mann, der diese Intervention anführte, erst kürzlich der Sache der Menschenrechte beigetreten war, schien gute Absichten mehr als gute Ergebnisse zu schätzen. Einige der direkten Konsequenzen der Intervention im Irak sind tatsächlich gut: Die Iraker werden nicht länger von einem totalitären Regime terrorisiert; Schiiten, die zu Hunderttausenden in ihrem Heiligtum in Kerbala feiern, wie auch Professoren, Polizisten und Büroangestellte, die auf den Straßen von Bagdad demonstrieren, haben zum ersten Mal einen Geschmack von Freiheit; das irakische Volk als Ganzes findet die Wahrheit über die Folterkammern, Massengräber und andere schmutzige Geheimnisse von mehr als zwei Jahrzehnten Tyrannei heraus. Vielleicht gebrauchen die Menschen ihre Freiheit, um einen baldigen Abzug der Truppen, die ihnen diese Freiheit gebracht haben, zu verlangen, genau so sollte es aber auch sein. Wenn es als Folge der Intervention in etwa einem Jahrzehnt einen Rechtsstaat im Irak geben wird, wen kümmert es dann, ob die Absichten, die dazu geführt haben, bestenfalls durchwachsen waren? Es macht jedoch sehr wohl etwas aus, dass die amerikanischen Absichten niemals deutlich formuliert wurden und dass die Mitglieder der Regierung Bush anscheinend keine klare Interventionspolitik für den Irak oder andere Länder haben. Einen Rechtsstaat im Irak aufzubauen und aufrechtzuerhalten wird zum Teil davon abhängen, ob eine Politik festgelegt und das amerikanische Volk von dieser Politik überzeugt wird, wie auch zukünftige Interventionen von einer kohärenten Politik abhängen werden.

Es ist aber auch wahr, dass, wenn es im Irak nicht zu einem Rechtsstaat kommt, man nicht einfach die Regierung Bush dafür verantwortlich machen kann. Interventionsgegner nehmen an, dass alle negativen Folgen der Intervention von schändlichen Absichten der Amerikaner herrühren, genauso wie Befürworter der Intervention dahin tendieren, amerikanischem guten Willen wunderbare Kräfte zuzuschreiben. Hierbei haben beide Seiten falsche Vorstellungen von der tatsächlichen amerikanischen Macht, Resultate zu bestimmen. So wie die Dinge jetzt im Irak liegen, wünschen L. Paul Bremer III und seine Prokonsulin in Bagdad wohl, dass amerikanische Intentionen die Realität im Irak wenigstens etwas formen könnten.

Die Partei der Interventionsgegner erhebt auch den Vorwurf, dass amerikanische gute Absichten im Irak glaubwürdiger wären, wenn die Vereinigten Staaten Menschenrechte konsequenter in der gesamten Welt verteidigen würden – wie dies aber verwirklicht werden könnte, ohne von Zeit zu Zeit

Truppen zu entsenden, ist bestenfalls unklar. Tony Blair, dessen Glaubwürdigkeit in Sachen Menschenrechte kaum angezweifelt werden kann – er hatte schon britische Truppen entsandt, um Massaker und Chaos in Sierra Leone zu verhindern, bevor er sich für die Invasion des Irak verpflichtete – sagt, dass die Forderung, konsequent oder überhaupt nicht zu intervenieren, ein Argument dafür ist, nichts zu tun. In den ersten Tagen des Irakkrieges, als die britische öffentliche Meinung noch gegen ihn war, bemerkte Blair zu einem Journalisten in Nr. 10 Downing Street: „Was mich erstaunt, ist, wie viele Menschen damit einverstanden sind, dass Saddam bleibt. Sie fragen, warum werden wir Mugabe nicht los, warum nicht die burmesische Junta? Ja, lasst uns sie alle stürzen. Ich tue es nicht, weil ich es nicht kann, aber wenn man es kann, sollte man es tun.“ Viele Menschen, die sich als Verteidiger der Menschenrechte bezeichnen würden, waren aus vernünftigen, klugen Gründen gegen die Intervention im Irak – zu riskant, zu teuer, nicht dazu geeignet, Amerika sicherer zu machen –, Vernunft lief aber auch auf eine Stimme für den Status quo im Mittleren Osten hinaus und eine der fundamentalen Faktoren dieses Status quo war ein Regime, das seine Bürger folterte, Giftgas gegen die eigene Bevölkerung einsetzte und Menschen für die freie Ausübung ihres Glaubens hinrichtete.

Ein Ergebnis der Intervention könnte sehr wohl eine Verbesserung der Menschenrechte im Irak sein. Die Regierung Bush ist aber in den Irak nicht nur einmarschiert, um die Menschenrechte durchzusetzen, genauso wie es bei dieser Intervention letzten Endes nicht darum ging, eine Demokratie an sich einzurichten oder Leben an sich zu retten. Hier kommen wir dann zum Kern der Sache – wie passen die Interventionen der Regierung Bush in die lange Geschichte amerikanischer Interventionen. Alle diese Interventionen passierten, weil ein Präsident glaubte, dass ein Einmarsch sowohl seine wie Macht und Einfluss seines Landes vergrößern würde. Um die Definition von Joseph J. Nye Jnr. zu gebrauchen, „Macht ist die Fähigkeit, die Ergebnisse zu erlangen, die man haben will“. US-Präsidenten intervenieren, weil erfolgreiche Interventionen die Fähigkeit Amerikas vergrößern, die Ergebnisse zu erlangen, die es haben will.

Die Intervention im Irak war das Werk von konservativen Radikalen, die glaubten, dass der Status quo im Mittleren Osten unhaltbar war, aus strategischen Gründen, aus Gründen der Sicherheit und wirtschaftlichen Gründen. Sie wollten die Intervention, um eine Revolution amerikanischer Macht in der gesamten Region herbeizuführen. Was einen Präsidenten dazu veranlasste, dieses Risiko auf sich zu nehmen, waren der 11. September und die Einsicht, dass die amerikanischen Interessen, die seit 1945 auf dem angeblichen Fundament Saudi Arabiens ruhten, in Wirklichkeit auf Sand gebaut waren, da 15 der Entführer aus Saudi Arabien stammten. Das neue Fundament sollte ein demokratischer Irak werden, in Frieden mit Israel, der Türkei und dem Iran, der keinen Terroristen Unterschlupf gewähren, für die Weltwirtschaft zum richtigen Preis Öl pumpen und allen bösen Absichten gegenüber seinen Nachbarn abschwören sollte.

Wie Paul Wolfowitz quasi offen zugeben hat, war der „bürokratische“ Kriegsgrund – Massenvernichtungswaffen – nicht der Hauptgrund. Der wahre Grund war der Neubau des Fundamentes für amerikanischen Einfluss im Mittleren Osten. Amerikaner haben dies vielleicht selber herausgefunden, aber auf jeden Fall ist es nicht das, was ihnen gesagt wurde. Es wurde ihnen auch nicht gesagt, dass der Bau dieses neuen Fundamentes Jahre und Jahre dauern könnte. Sie wurden mit der vereinfachenden Aussage irreführt, dass die Anwendung von militärischer Macht gerechtfertigt wäre, um „Terrorismus“ zu bekämpfen und Arsenale von Massenvernichtungswaffen zu zerstören, die auf Amerika und Israel gerichtet wären. Obwohl Hussein tatsächlich in den Besitz solcher Waffen gelangen wollte, zeigt die Tatsache, dass nie jemals welche gefunden worden sind, dass er wahrscheinlich nichts außer einem aktiven Forschungsprogramm erreicht hat.

Die Manipulation der öffentlichen Zustimmung zum Irakkrieg – zusammen, ja verheddert mit dem Fehlen einer Interventionspolitik – ist der Grund, warum die Partei der Interventionsgegner sich nicht mit ihrer Niederlage abgefunden hat und warum die Partei der Kriegsbefürworter so wenig das wärmende Gefühl der Rechtfertigung verspürt. Sogar diejenigen, die die Intervention unterstützt haben, müssen zugestehen, dass der Präsident, gelinde gesagt, sparsam mit der Wahrheit umgegangen ist, als er seine Handlungen vor dem amerikanischen Volk rechtfertigte. Da der *casus belli* für den Irakkrieg den Amerikanern niemals genau dargelegt wurde, ist die Bereitschaft der Amerikaner unterhöhlt worden, den weiten Weg – und es wird ein weiter Weg – bis zum Ende mitzugehen. Darüber hinaus ist das Vertrauen, das ein Präsident von seinem Volk braucht, wenn er es um Unterstützung für zukünftige Interventionen bittet, beschädigt worden.

## V.

Kritiker sehen den Irak als gefährlichen neuen Schritt in der Geschichte amerikanischer Interventionen: unilateral, der Großteil der Welt ist dagegen, ein Akt territorialer Eroberung. Die Wahrheit ist, dass es so etwas schon einmal gegeben hat. Die Operation im Irak ähnelt am meisten der Eroberung der Philippinen zwischen 1898 und 1902. Beide waren Eroberungskriege, beide wurden einem uneinigen Land von einer ideologischen Elite aufgezwungen und beide kosteten sehr viel mehr als irgendjemand erwartet hatte. Wie im Irak war es ein Leichtes, den Krieg zu gewinnen. Die Spanier wurden von Kommodore Dewey noch schneller besiegt als Husseins Streitkräfte von Tommy Franks. Hinterher aber wurde es schwer. Mehr als 120.000 amerikanische Truppen wurden auf die Philippinen geschickt, mehr als 4.000 kamen nicht zurück. Es bleibt abzuwarten, ob der Irak Tausende von amerikanischen Leben kosten wird – und ob die amerikanische Öffentlichkeit einen so hohen Tribut als Preis eines Erfolges im Irak akzeptieren wird. Die Philippinen werfen auch ein beschämendes Licht auf *nation building* im Irak. Hundert Jahre danach sind amerikanische Truppen wieder auf den Philippinen und jagen Guerillas, dieses Mal mit Verbindungen zu Al Kaida und die Demokratie, die Teddy Roosevelt dieser Nation bringen wollte, bleibt chronisch unsicher.

Roosevelts „ausgezeichneter kleiner Krieg“ hat den Philippinen vielleicht nicht viel gebracht, er trug aber sehr dazu bei, Amerika im Pazifik zu einer Führungsmacht werden zu lassen. Wenn Bush im Irak Erfolg hat, dann wird er im gleichen Maßstab geostrategische Vorteile ernten. Amerikas Feinde verstehen dies nur zu gut. Der jetzige Konflikt im Irak ist viel mehr als der Todeskampf des Regimes von Saddam Hussein. Die ausländischen Kämpfer, die aus Syrien, Iran und Palästina in den Irak gekommen sind, um sich Saddam Husseins Anhängern bei Angriffen auf amerikanische Soldaten anzuschließen, wissen, um wie viel es geht. Wenn sie amerikanische Truppen bluten lassen und dadurch einen überstürzten Rückzug erzwingen und die Möglichkeiten für einen demokratischen Irak zerstören würden, würde dies Amerika die größte Niederlage seit Vietnam zufügen und jedem islamischen Extremisten in der Region eine Botschaft senden: Goliath ist verwundbar.

Der amerikanische Goliath erholt sich jedoch schnell von Misserfolgen, was Präsidenten weiterhin ihr Glück bei Interventionen riskieren lässt. Auch ist das Risiko einer Überdehnung des Imperiums – das die Römer und die Briten davon abhielt, auf jeden barbarischen Schurken in Reichweite einzuschlagen – kein wirkliches Hindernis für Amerikas Neigung zu Interventionen. Die Besetzung des Irak zwingt das Militär, ein ziemlich intensives Einsatztempo zu fahren, aber trotzdem gibt es anscheinend genug Truppen, um in Liberia an Land zu gehen und Garnisonen in Bosnien und Südkorea und all den anderen Außenposten des Imperiums aufrecht zu erhalten. Interventionen werden sogar billiger. Der zweite Golfkrieg kostete halb so viel wie der erste und es waren ungefähr halb so viele Truppen nötig; die eigentliche Kampfphase dauerte etwas mehr als halb so lange. Wenn weder das Risiko eines Fehlschlags noch die Kosten eines Einsatzes die Amerikaner von militärischer Gewalt abhalten, wie steht es dann mit dem Risiko von amerikanischen Verlusten? Während Clinton glaubte, dass Amerikaner nicht möchten, dass ihre Söhne und Töchter in Kriegen sterben, die ohne Not begonnen wurden, wurde in Studien gezeigt, dass Amerikaner auf Kriegsverluste vorbereitet sind – wenn sie die Kriege als notwendige Kriege verstehen. Außerdem verlassen sich Amerikaner darauf, dass Präzisionsgeschosse und Tarnkappenbomber vernichtende Schläge mit geringem Risiko für amerikanische Truppen ausführen. Straflosigkeit senkt die Schwelle des Risikos einer Intervention. Diese Schwelle existiert jedoch immer noch und eine Besatzungsarmee ist besonders verwundbar. Niemand weiß, ob es einem der Gegner des Präsidenten aus der demokratischen Partei gelingen wird, den täglichen Blutzoll im Irak in eine Belastung für Bushs Wahlkampf zu verwandeln. Nur ein Präsident – Lyndon Johnson – wurde durch eine verpatzte Intervention gestürzt, aber seitdem hat es sich kein Präsident leisten können, diese Warnung zu ignorieren.

## VI.

Wenn wir Bilanz ziehen und die Frage stellen, was den amerikanischen Appetit für Interventionen zügeln kann, dann lautet die Antwort: nicht viel. Interventionen sind populär und bleiben es selbst wenn amerikanische Soldaten sterben. Sogar Fehlschlag und Niederlage sind keine große Einschränkung: 30 Jahre nach Vietnam interveniert Amerika so energisch wie eh und je. Das, was Thomas Jefferson den „anständigen Respekt für die Meinungen der Menschheit“ nannte, scheint auch wenig Einfluss auszuüben. Was den Irak betrifft, sagten die Meinungen der Menschheit der Regierung Bush, dass die Anwendung von militärischer Gewalt ein gefährliches und destabilisierendes Abenteuer ist, aber die Intervention wurde durchgeführt, weil der Präsident glaubt, dass nicht die Vereinten

Nationen oder die Weltmeinung die höchste Autorität für amerikanische Interventionsentscheidungen sind, sondern sein konstitutionelles Mandat als Oberbefehlshaber, die Vereinigten Staaten zu „bewahren, zu schützen und zu verteidigen“. Diese unilaterale Doktrin beunruhigt die Alliierten der Vereinigten Staaten, aber sie können nicht viel dagegen unternehmen. Als Bush den Krieg begann, war er es, der den Zeitplan aufstellte und nicht einmal Tony Blair, der dringend mehr Zeit benötigte, um die öffentliche Meinung zu Hause auf seine Seite zu bringen, konnte diesen Zeitplan verändern. Bis heute ist die Frage, ob das betreffende Land Atomwaffen besitzt, das Einzige, das die Vereinigten Staaten von einer Intervention abhält. Einer der Faktoren, die die präventive Aktion im Irak antrieben, war der Glaube, dass es zu spät wäre, militärische Gewalt anzuwenden, sollte Saddam Hussein eine Nuklearwaffe oder eine chemische oder biologische Massenvernichtungswaffe in seinen Besitz bringen. Es ist kein Wunder, dass ein pakistanischer General angeblich vor allem die Lehre aus der Vorführung der Macht von amerikanischen Präzisionsluftschlügen im Kosovo gezogen haben soll, dass sein Land so schnell wie möglich Nuklearwaffen anschaffen sollte.

Nach dem Irakkrieg ist die Schlüsselfrage die, wann das nukleare Tabu gebrochen wird. Schon 1994, während der letzten Koreakrise, spielte die Regierung Clinton die Möglichkeiten eines nichtatomaren Schlages gegen einen nordkoreanischen Reaktor durch, wo ihrer Meinung nach Nuklearwaffen produziert wurden. Glücklicherweise entschied sich die Regierung Clinton gegen einen solchen Schlag, der entweder mit konventionellen oder mit den kleinen Präzisionsnuklearwaffen, die die Vereinigten Staaten bekanntlich haben, ausgeführt worden wäre und der schreckliche militärische Vergeltung gegen südkoreanische oder gar japanische Städte ausgelöst hätte.

Am Horizont geistert sogar die Möglichkeit einer noch erschreckenderen Intervention. Die Vereinigten Staaten erkennen ein China an, garantieren aber die Sicherheit Taiwans. Clinton schickte die amerikanische Marine 1996 in die Chinesische See, um sicherzugehen, dass die Chinesen diese Verpflichtung respektieren. Die Freiheit Taiwans, eine der großen Erfolgsgeschichten amerikanischer Macht in Asien, ist nach wie vor gefährdet. Sollten die Taiwanesen das Festland provozieren, sollte es den Amerikanern nicht gelingen, sie zurückzuhalten, oder sollte die chinesische Führung von Schwierigkeiten zu Hause durch kriegerischen Nationalismus im Ausland ablenken wollen, könnte es sein, dass Amerika entscheiden müsste, wie es eine Nuklearmacht von einer Milliarde Menschen konfrontieren soll, um die zwingende Verpflichtung zum Schutz der Freiheit von 23 Millionen zu schützen. Dann müsste der Präsident das nukleare Tabu brechen, das amerikanische Interventionsstrategie seit Hiroshima in Zaum gehalten hat, oder wenigstens drohen, es zu brechen. In Anbetracht der amerikanischen Geschichte, die zu lehren scheint, dass sich der resolute Gebrauch von Gewalt immer auszahlt, fällt es den Vereinigten Staaten schwer, nicht zu glauben, dass sie ihren Willen alleine dadurch, dass sie sich auf militärische Gewalt verlassen, durchsetzen können. Das Ende aber könnte sein, dass eine solche Doktrin alle gefährdet, auch sich selbst.

## VII.

Trotz aller Risiken glauben Amerikaner immer noch im Großen und Ganzen, dass Intervention eine edle Tat ist, bei der die Neue Welt zur Rettung der Alten Welt kommt. Sie erinnern sich an die Wochenschaubilder von GIs, die 1943 nach Rom hereinfahren oder 1944 durch die Alleen Nordwesteuropas fahren, Mädchen küssen und die Blumensträuße und Weinflaschen nehmen, die ihnen von vor Dankbarkeit über ihre Befreiung weinenden Menschen entgegengestreckt werden. Dies alles hat sich geändert. Es gab wenig tränenreiche Umarmungen, als die *Marines* nach Nasirija hereinfuhren, keine Sträuße und Dankesgebete, als die *Army* nach Bagdad hineinfuhr. Natürlich ist der Irakkrieg nicht die erste amerikanische Intervention, die unpopulär war. Die Iraner waren nicht froh, dass die CIA 1953 den Sturz Mossadeghs organisierte, chilenische Demokraten mochten nicht, was mit Allende gemacht wurde und Studenten in der ganzen Welt protestierten gegen Vietnam. Sonst aber hielten unsere Alliierten jedoch amerikanischen guten Absichten die Treue, bis hin zur Intervention im Kosovo im Jahr 1999. Nun ist all dieses moralische Kapital ausgegeben. Wenn man einigen wenigen Umfragen Glauben schenkt, sind einige Europäer sogar der Meinung, dass George Bush eine größere Bedrohung für den Weltfrieden als Osama bin Laden ist. Dies ist vielleicht grotesk, aber es macht es viel schwerer für die Amerikaner, dass ihre Interventionen Gnade vor der Weltmeinung finden.

Die Alliierten weinten zusammen mit Amerika nach dem 11. September, zogen dann aber schnell den Schluss, dass nur Amerika angegriffen wurde. Die Idee, dass die westliche Zivilisation das Ziel war, überzeugte nicht. Während Amerika und seine Alliierten Schulter an Schulter dem gemeinsamen

sowjetischen Feind gegenüberstanden, schien der islamische Terrorismus nur Amerika im Visier zu haben. Warum sollte man sich bei einem „Primärziel“ einschmeicheln, wenn man dadurch selbst zum „Sekundärziel“ wird? Nach dem 11. September ging eine überraschende Anzahl von Freunden der Vereinigten Staaten sogar noch weiter. Sie flüsterten, dass Amerika es längst verdient hätte. Verletzte Amerikaner konnten zu Recht fragen: warum? Weil Amerika 60 Jahre lang die Sicherheit ihrer Öllieferungen garantiert hatte? Weil Amerika die europäische Wirtschaft aus den Ruinen von 1945 wiederaufgebaut hatte? Weil es unzählige Länder vor einer kommunistischen Machtübernahme geschützt hatte? Ganz gleich, nach dem 11. September war die Erinnerung an amerikanische Großzügigkeit verblasst und die Liste der Beschwerden gegen Amerika lang.

Wie es die Irakdebatte bei den Vereinigten Nationen so drastisch gezeigt hat, ist der internationale Konsens verschwunden, der einst Amerika Koalitionen der Willigen lieferte, wenn es militärische Gewalt einsetzte. Es gibt keinen sowjetischen Menschenfresser mehr, der Zweifler zurück ins Glied gescheucht hätte. Europäische Verbündete sind jetzt ernst zu nehmende wirtschaftliche Rivalen, die gerne ihre vollständige militärische Abhängigkeit hinter aufmüpfig unabhängiger Außenpolitik verbergen. In der Dritten Welt fürchten Staaten die islamische politische Opposition noch mehr als amerikanische Missbilligung und sind geneigt, ihre islamischen Wähler mit anti-amerikanischem Gehabe zu beschwichtigen, wann immer sie sich dies erlauben können.

Es gibt diejenigen, die denken, dass der durch die Irakdebatte bei den Vereinten Nationen verursachte Schaden repariert werden kann und dass eine Koalition der Willigen, wenigstens eine mit mehr aktiven Mitgliedern, möglich gewesen wäre, wenn die Vereinigten Staaten nicht so unaufrichtig in ihrer Diplomatie gewesen wären. Die Tage, in denen die Vereinigten Staaten als Diener der internationalen Gemeinschaft intervenierten, sind aber vielleicht ganz und gar vorbei. Wenn die Vereinigten Staaten in Zukunft intervenieren, werden sie dies sehr wahrscheinlich alleine und grundsätzlich für sich selbst tun.

Wenn dies die neue Weltordnung ist, dann wird sie Kosten zur Folge haben, die die übrige Welt hinnehmen muss: weniger humanitäre Interventionen für hungernde oder massakrierte Menschen in der übrigen Welt, weniger Schutz der Sicherheit von anderen Menschen vor Bedrohung und Invasion. Warum soll man sich die Mühe machen, zu retten und zu schützen, wenn man alles alleine machen muss? Warum soll man sich die Mühe machen, eine multilaterale Ordnung aufrechtzuerhalten, wenn die eigenen Verbündeten diese Ordnung nur dazu benutzen, Gulliver am Gängelband zu halten?

Der amerikanische Unilateralismus wird auch Kosten für die Vereinigten Staaten haben. Der erste Golfkrieg wurde von einer Koalition der Willigen bezahlt. Die Kosten des zweiten werden alleine vom amerikanischen Steuerzahler getragen. Die Regierung Bush tut so, als ob sie sich nicht um die Kosten der Unpopularität im Ausland schert; Ausländer haben bei Wahlen in den Vereinigten Staaten kein Stimmrecht. Der Irakkrieg hat aber die die Kosten, finanzielle und andere, aufgezeigt, die zur Ausübung der Macht hinzukommen, wenn die eigenen Freunde amerikanischen Absichten nicht vertrauen.

Kann man ein Krieg gegen den Terrorismus überhaupt alleine führen? Die Verbündeten der Vereinigten Staaten haben nachrichtendienstliche Netzwerke und einige gute Antiterrorereinheiten, die größten Erfolge wurden durch die Polizeiarbeit von Spezialisten in Spanien, Großbritannien, Deutschland und Pakistan erzielt. In einem Krieg gegen den Terror kann ein isoliertes Amerika, dessen militärische Macht sogar den Widerstand seiner Freunde hervorruft, sich als verwundbarer Riese herausstellen.

## VIII.

Es gibt einen Ausweg aus dieser verkorksten Interventionspolitik, der aber auch ein Ausweg aus dem amerikanischen Unilateralismus ist. Er bedeutet, anderen Staaten ein Mitspracherecht über das Wann und Wo von amerikanischen Interventionen einzuräumen. Es würde bedeuten, zu den Vereinten Nationen zurückzukehren und neue Regeln zum Gebrauch von militärischer Gewalt vorzuschlagen. Dies ist der Weg, den Franklin Roosevelt 1944 einschlug, als er die Schaffung einer neuen Weltorganisation mit einem Mandat zum Gebrauch von Gewalt, um „internationalen Frieden und Sicherheit“ zu verteidigen, unterstützte. Was Amerika also braucht, ist nicht einfach nur eine eigene Interventionsdoktrin, sondern auch eine internationale Doktrin, die seine Interessen und die der übrigen internationalen Gemeinschaft fördert und schützt.

Das Problem ist, dass die Vereinten Nationen, bei deren Schaffung FDR mithalf, nie so funktionierten, wie er es beabsichtigte. Das, was eine „internationale Gemeinschaft“ sein soll, wird von einem

Sicherheitsrat geleitet, der ein Museumsstück aus dem Jahre 1945 ist. Jeder weiß, dass der Sicherheitsrat reformbedürftig ist, wie auch jeder weiß, dass eine Reform fast unmöglich ist. Wenn dem aber so ist, haben die Vereinten Nationen keine Zukunft. Die Zeit für Reformen ist jetzt oder nie. Wenn es je einen Grund gegeben hat, Großbritannien und Frankreich ein permanentes Vetorecht zu geben und Deutschland, Indien, Brasilien oder Japan die ständige Mitgliedschaft zu verweigern, so ist diese Zeit vorbei. Die Vereinten Staaten sollten die Erweiterung der Anzahl der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates beantragen, so dass er wirklich die Weltbevölkerung repräsentiert. Um die Welt zu überzeugen, dass sie es mit Reformen ernst meinen, sollten die Vereinten Staaten eine Aufgabe ihres eigenen Vetorechtes vorschlagen, damit alle anderen ständigen Mitglieder nachfolgen und der Sicherheitsrat Entscheidungen über die Anwendung militärischer Gewalt mit einfacher Mehrheit fällen kann. Als weitere Garantie ihrer ernstesten Absichten würden sich die Vereinten Staaten verpflichten, militärische Gewalt nur mit Zustimmung des Rates anzuwenden, es sei denn, ihre nationale Sicherheit wäre direkt bedroht.

All dies ist schwer genug, aber der nächste Schritt ist noch schwerer. Die Vereinten Nationen, bei deren Schaffung FDR mithalf, stellten staatliche Souveränität über die Menschenrechte: eine Welt gleicher Staaten, gleichermaßen berechtigt, Immunität vor Intervention zu genießen. Eine Folge davon ist, dass seit 1945 viel mehr Millionen Menschen durch Unterdrückung, Missbrauch, Bürgerkrieg und Massaker in ihren Staaten als in Kriegen zwischen Staaten umgekommen sind. Dies sind die Regeln, die Tyrannen und Mörder wie Saddam Hussein zu angesehenen Mitgliedern des Klubs der Vereinten Nationen gemacht haben.

Dies ist die grausame Realität dessen, was als eine „internationale Gemeinschaft“ und die Gemeinschaft der zivilisierten Nationen durchgeht. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen werden entscheiden müssen, wofür die Organisation tatsächlich existiert: um Souveränität um jeden Preis zu verteidigen – in diesem Fall verteidigt sie letztendlich Tyrannei und Terror und lädt eine Supermacht dazu ein, einfach einen eigenen Weg zu gehen, oder um die Menschenrechte zu verteidigen – in diesem Fall wird sie die eigenen Regeln für die Genehmigung von Gewaltanwendung neu schreiben müssen.

Welche Interventionsregeln sollten die Vereinten Staaten also der internationalen Gemeinschaft vorschlagen? Ich würde fünf Fälle vorschlagen, in denen die Vereinten Nationen einen Staat ermächtigen können, zu intervenieren: wenn, wie in Ruanda oder Bosnien, eine große Anzahl Zivilisten von ethnischen Säuberungen und Massenmord bedroht werden und ein Staat nicht willens oder fähig ist, dies aufzuhalten; wenn, wie in Haiti, eine demokratisch gewählte Regierung gestürzt wird und Menschen innerhalb dieses Staates um Hilfe bei der Wiedereinsetzung dieser Regierung bitten; wenn, wie im Irak, in Nordkorea und vielleicht im Iran, ein Staat die Protokolle über die Nichtverbreitung von chemischen, nuklearen oder biologischen Waffen verletzt; wenn, wie in Afghanistan, Staaten Terroristen auf ihrem Gebiet nicht daran hindern, Angriffe auf andere Staaten auszuführen; letztens, wenn, wie in Kuwait, Staaten zu Opfern von Aggression werden und Hilfe ersuchen. Dies wären die Fälle, in denen eine Intervention mit militärischer Gewalt durch eine Mehrheit des Sicherheitsrats autorisiert werden könnte.

Die Entsendung von Truppen würde ein letzter Ausweg bleiben. Wenn Südafrika Mugabe überreden kann, in Rente zu gehen, um so besser. Wenn amerikanische Diplomaten die burmesische Junta überreden können, mit der Schikanierung von Aung San Suu Kyi aufzuhören, wäre dies militärischer Gewalt offensichtlich vorzuziehen. Gewalt und die Androhung von Gewalt sind jedoch gewöhnlich die einzige Sprache, die Tyrannen, Menschenrechtsverletzer und Terroristen überhaupt verstehen. Terrorismus und die Verbreitung von Nuklearwaffen können nur durch Koalitionen der Willigen eingedämmt werden, die bereit sind zu kämpfen, wenn es nötig ist.

Diese Regeln würden nicht von den Vereinten Staaten verlangen, dass sie ihre Entscheidungen im Bereich der nationalen Sicherheit von den Anweisungen der Vereinten Nationen abhängig machen müssten, da ihr unilaterales Recht auf Selbstverteidigung erhalten bleiben würde. Neue Interventionsregeln, die von den Vereinten Staaten vorschlagen und an die sie sich halten würden, würden der Desinformation ein Ende setzen, dass die Vereinten Staaten und nicht ihre Feinde der Schurkenstaat sind. Eine neue Interventionscharta würde Amerika dahin zurückbringen, wo es hingehört, als Anführer der internationalen Gemeinschaft und nicht als verabscheuter Riese, der hinter den Kulissen lauert.

Träumen Sie weiter, höre ich Sie sagen. Eine solche Veränderung könnte zu mehr amerikanischen Interventionen führen, wo die Welt sehr viel weniger will. Wir können aber nicht so weiter machen

wie bisher, mit einer Charta der Vereinten Nationen, die zum Alibi für Diktatoren und Tyrannen geworden ist und mit einem Amerika, das bei dem Versuch, diesen Diktatoren und Tyrannen Einhalt zu gebieten, immer weniger willens ist, die Regeln der Vereinten Nationen zu befolgen. Klare Richtlinien der Vereinten Nationen, die staatliche Souveränität abhängig von „*good citizenship*“, von Einhaltung der Menschenrechte in In- und Ausland abhängig machen und Interventionen gestatten, wenn diese Regeln verletzt werden, könnten vielleicht Staaten dazu veranlassen, ihr Verhalten zu verbessern und damit Interventionen seltener und nicht häufiger zu machen.

Es ist eine ungeheure Aufgabe, die Vereinigten Staaten an die Spitze von revitalisierten Vereinten Nationen zu setzen, da die Vereinigten Staaten ebenso über die Vereinten Nationen desillusioniert sind, wie die Welt über die Vereinigten Staaten. Es muss aber klar sein, dass die Alternative Imperium heißt: Ein konfuse, schlingendes Amerika, das alleine eine Welt kontrolliert, die sich dem immer mehr widersetzt, mit ehemaligen Alliierten, die dies ständig sabotieren. Roosevelt verstand, dass Amerika am besten seine Verteidigung sichern und seine Interessen verfolgen kann, wenn es sich mit anderen Staaten zusammen tut und, wenn nötig, unilaterale Handlungsfreiheit für ein gemeinsames Wohl opfert. Das eklatante Versäumnis amerikanischer Außenpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges ist nicht ein mangelnder Führungs- und Interventionswille gewesen; es ist das Versäumnis gewesen, sich die Möglichkeit vorzustellen, dass die Vereinigten Staaten wieder mit anderen kooperieren könnten, um Regeln für die internationale Gemeinschaft zu schaffen. Eine Pax Americana muss multilateral sein, wie Franklin Roosevelt erkannte, oder sie wird nicht überleben. Ohne klare Interventionsprinzipien, ohne Freunde, ohne Träume, denen sie dienen können, verteidigen die Soldaten in ihren schusssicheren Westen nichts mehr als Macht. Macht kann aber ohne Legitimierung, ohne Unterstützung, ohne Respekt und Anhänglichkeit der Welt nicht fort dauern.

Micheal Ignatieff schreibt Beiträge für das New York Times Magazine und ist Direktor des Carr Center an der Kennedy School of Government an der Harvard Universität.

Aus dem amerikanischen Englisch von Matthias Neumann

## **Michael Ignatieff**

### **Das Beispiel von Arendt**

### **Verleihung des Hannah-Arendt-Preises**

Als Hannah Arendt gegen Ende ihres Lebens in Dänemark einen Preis erhielt, sagte sie, dass sie ihn mit „der fundamentalen Dankbarkeit“ annähme, „die uns hilflos lässt, wann immer die Welt uns ein wahres Geschenk anbietet.“ Ich nehme diesen Preis im gleichen Geiste an. Sie hielt eine Ehrung für eine Art Glück, nicht für etwas, das mit Gerechtigkeit oder Verdienst verbunden ist. So danke ich Ihnen also für mein Glück, und für Ihre Großzügigkeit, Liebenswürdigkeit und den Glauben an meine Arbeit.

Statt Ihnen eine *apologia pro mea vita* zu geben, möchte ich über Hannah Arendt als Beispiel reden. Sie war erstens ein Beispiel, weil sie sich ihre eigene Autorität erschuf. Sie kam in New York als mittelbarer Flüchtling an, als sie starb, wurde sie allgemein als bekannte Intellektuelle respektiert. Sie erlangte Autorität durch die Macht des Denkens. Mit dem Begriff Autorität meine ich, dass man auf sie hörte, sie respektierte und weithin als weise Frau ansah. Ich meine auch, dass ihr Einfluss sie überdauert hat und dass die Auseinandersetzung über ihre Arbeit auch eine Generation nach ihrem Tod noch andauert.

Ihr Beispiel hilft uns bei der Identifikation dessen, was intellektuelle Autorität ist und wie sie sich von anderen Formen der Autorität unterscheidet. Erstens ist diese Autorität nicht mit Macht verbunden. Hannah Arendt hat nie Macht oder politischen Einfluss ausgeübt, aber sehr wohl intellektuelle Autorität. Der Unterschied zwischen Macht und Autorität steht offensichtlich mit der Fähigkeit zur Ausübung von Zwang in Zusammenhang. Die, die Macht haben, können ohne Zustimmung Zwang ausüben. Die, die Autorität haben, können sich Gehorsam durch Zustimmung sichern. Einem Intellektuellen mit Autorität fehlt jede Möglichkeit zur Ausübung von Zwang. Die charakteristische Methode für einen Intellektuellen ist Überredung, Argument und Rhetorik, die alle



ihre Wirkung eher innerhalb eines Umfeldes von Zustimmung und nicht von Macht ausüben; wenigstens sollten sie es. Die ‚organischen Intellektuellen‘ der kommunistischen und faschistischen Ären – die ihren Intellekt an politischer Macht ausrichteten – übten schließlich beträchtliche Macht zur Ausübung von Zwang in totalitären Staaten aus. Über sie reden wir aber nicht. Stattdessen denken wir an die intellektuelle Autorität, die sich von freiwilliger Zustimmung zur Überzeugungskraft von Argumenten und Ideen herleitet. Hannah Arendt hatte diese Beziehung zu ihrem Publikum – und hat sie immer noch.

Sie war sich der Macht von Ideen, Zwang auszuüben, genau bewusst – nicht nur, wenn sie mit ‚historischen Weltmächten‘ wie Kommunismus oder Faschismus verbündet sind. Ideen können auch eine unheilvolle Macht zur Ausübung von Zwang haben, wenn sie nicht durch eine Allianz mit Formen von politischer Macht befleckt sind, wenn sie nur die Macht zur Systematisierung haben und scheinbar versprechen, durch den Schein zur ewigen Wahrheit der Welt durchstoßen zu können. Dieser Anspruch, dass Ideen die ewige Wahrheit der Welt aufdecken, sind eine Quelle für Zwang und ein Instrument der Tyrannei.

Religionen sind auf solchen Wahrheiten aufgebaut worden; sobald solche Ideen mit Religion verbündet waren, erhielten sie die Macht, auf andere Zwang auszuüben. Aber auch rein säkulare Ideen können Zwang auszuüben, wenn sie mit Denkschulen – Akademien und Institutionen – verbündet sind, die die Macht haben, diese Ideen als Orthodoxie durchzusetzen.

Hannah Arendt glaubte, dass es eine Autorität für Ideen und für intellektuelles Leben geben kann, die frei von jeglicher Allianz mit Macht, Ideologie, Religion oder Zwang ist. Sie verteidigte ein intellektuelles Leben, das mit der Idee der Überredung einhergeht: Meinungen, die frei in der Interaktion mit einem logischen Argument oder einer Behauptung über die Welt, die in offensichtlichen oder widerlegbaren Fakten begründet ist, geändert werden können. Sie achtete auf Fakten, sie verstand die Disziplin, die die Fakten den Gedanken aufzwingen, sie schätzte den moralischen Kodex der empirischen Wissenschaft, den Satz, dass, wenn die Theorie nicht zu den Fakten passt, die Theorie geändert werden muss. Das ist eine moralische Idee einfach deswegen, weil sie von Menschen verlangt, zuzugeben, dass sie Unrecht haben; da das niemand gerne tut, kann jedermann einen moralisch zweifelhaften Weg finden, dies zu vermeiden. An Fakten kann man nicht rütteln; das intellektuelle Leben hat keine wesentliche Moralität, es sei denn, es unterwirft Argumente der Disziplin der Fakten, die wir über uns selbst und die Welt, in der wir leben, herausfinden können. Hannah Arendt wusste alles, was es über die zerstörerische Wirkung von Ideen zu wissen gibt, da sie aus Deutschland, der Welthauptstadt für zerstörerische Ideen kam. Während sie der glühenden Überzeugung, dass Ideen wichtiger als alles andere sind und damit der besten Eigenschaft eines deutschen Intellektuellen aus Berufung treu blieb, widerstand sie den Untugenden deutscher Intellektueller, Ideologie und Abstraktion. Mit Ideologie meine ich jegliches Gedankensystem, das sich in seine eigene ethische oder politische Gewissheit flüchtet, den Widersprüchen der klaren Beweise, die die Welt darlegt, zum Trotz. Mit Abstraktion meine ich die unter Intellektuellen so weit verbreitete Gewohnheit, ein Leben in der wunderbaren Symmetrie der Lehrsätze dem Leben in unserer rauen, schwierigen und ewig schwer definierbaren Welt vorzuziehen. Mit großer Geisteskraft machte sie sich immun gegen diese beiden Versuchungen.

Ihre berühmte Affäre mit Heidegger muss in diesem Licht verstanden werden. Es ist nicht ungewöhnlich, dass junge Frauen durch ihre Verbindung mit mächtigen Denkern moralisch zerstört werden. Sie hatte Heidegger tatsächlich geliebt, aber es ehrt sie, dass er sie nicht zerstörte und dass sie die Kraft hatte, dem Bann dieses dämonischsten aller deutschen Meister zu entkommen.

Vielleicht hat die Tatsache, dass sie jüdisch und weiblich war, bei ihrer Rettung geholfen. Sie wusste im Jahr 1932, dass diese beiden Umstände sie von einer Zugehörigkeit zur Kaste der Hohepriester deutschen intellektuellen Lebens ausschlossen. So hatte sie keine andere Wahl als zu fliehen und sich anderswo ein Leben aufzubauen. Notwendigkeit – die Tatsache, dass sie weiblich, jüdisch war – wurde zur Mutter ihrer eigenen Selbsterfindung. Sie war gezwungen, die Bedingungen ihrer eigenen intellektuellen Freiheit zu erschaffen.

Das Exil half auch, da sie in ein ganz anderes intellektuelles Milieu geworfen wurde – amerikanisch, ernsthaft, moralisierend, antitheoretisch, provinziell, aber auch empirisch und solide. Sie bewunderte Amerika – obwohl sie niemals dort hingehörte und es nicht einmal gut verstand – da Amerika ihr die erste Erfahrung von konstitutionellem Patriotismus gab, die Sympathie für einen Staat, der nicht auf Blut, Sprache, Tradition oder Geschichte beruht, sondern auf den konstitutionellen Prinzipien freier Menschen.

Seien wir nicht sentimental über Amerika. Das Exil dort war sehr schwer. Denken wir nur an andere Exilierte und ihr Schicksal, zum Beispiel an Bela Bartok, das Genie mitteleuropäischer Musik, der Ende des Zweiten Weltkriegs alleine und vergessen in einem New Yorker Hotel starb. Exil ist nur für diejenigen eine Rettung, die zu jung sind, um den wahren Preis des Exils zu kennen, oder die mit einem starken, störrischen und unsentimentalen intellektuellen Ehrgeiz gesegnet sind. Hannah Arendt war sowohl jung wie ehrgeizig.

In New York ihren eigenen Weg zu gehen, erforderte große geistige Zähigkeit. Sie war freie Journalistin, Redakteurin, sie schrieb Beiträge für Zeitschriften und Zeitungen bevor sie die Sicherheit von Universitätsposten erlangen konnte. Der Kampf trug dazu bei, ihre Arbeit und ihre Stimme unverwechselbar zu machen. Es lohnt sich, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass einige ihrer besten Arbeiten eine bunte Mischung aus Journalismus und ethischer Reflektion waren und dass „Eichmann in Jerusalem“ immerhin zum Genre gehörte, das so oft von Universitätsintellektuellen verachtet wird, ein Artikel in einer Massenzeitschrift.

Sie war hart, was die Unterströmung von sentimentaler Verbindung in ihrem Leben und politische Parteilichkeit betraf und sah beides mit Recht als Feinde intellektueller Unabhängigkeit an. Sie war vor und während des Krieges aktive Zionistin. Nach dem Krieg löste sie sich von ihrer eigenen jüdischen Parteilichkeit und traf oft auf Wut und Unverständnis wegen des kühlen Abstands, den sie zu den Kämpfen des neuen Staates hielt. Sie kämpfte niemals mehr für eine Sache. Sie blieb eine ungebundene Intellektuelle, das heißt, eine antitotalitäre Liberale, die sich gegen die Tyrannei Moskaus wandte, sich aber weigerte, sich jeglichem ideologischen anti-kommunistischen Kreuzzug anzuschließen. Sie nahm ihren Platz unter den New Yorker Liberalen der fünfziger Jahre ein – ihre Arbeit aber, wie zum Beispiel „Elemente und Ursprünge der totalen Herrschaft“, war keine Arbeit des Salonjournalismus, kein Produkt dieses Milieus, sondern insgesamt etwas Ehrgeizigeres, ein Versuch, die Katastrophe, die sie und die europäische Kultur durchlebt hatten, zu verstehen.

Meine eigene Menschenrechtsarbeit ist sehr durch die Stellen in „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ beeinflusst worden, die der Rückkehr des europäischen Naturrechtes nach der Katastrophe von 1945 und seiner Reinkarnation in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gewidmet sind. Sie war die erste, die nach dem Krieg sagte, dass die Rechte, die einen Menschen retten können, die politischen und bürgerlichen Rechte sind, die zu der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Gemeinschaft gehören. Als deutsche Juden ihrer bürgerlichen Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft beraubt worden waren, als sie an ihre Mitbürger nicht als Mitbürger, sondern als einfache Menschen appellierten, nackt und schutzlos, war es schon mehr als nur zu spät. Es gibt ihren berühmten Satz, dass, wenn ein Mensch an einen Menschen appelliert, einfach als Mensch, dies der Moment ist, wenn es wirklich nichts Menschliches zwischen ihnen gibt. Diese erbarmungslose Einsicht zerstört nicht den Glauben an die Menschenrechte – sie impft aber sehr wohl diesen Glauben mit dem nötigen Skeptizismus, und ein solcher Skeptizismus ist der beste Schutz gegen allzu leichte Desillusion. Hannah Arendt lehrt uns darüber hinaus, dass Rechte nicht durch wohlmeinende Bewegungen eines globalen Kosmopolitismus, der an überall gültige moralische Universalien appelliert, geschützt werden können, sondern nur durch legitime und demokratische Nationalstaaten, die die Rechte als Teil ihrer verfassungsmäßigen Ordnung garantieren, so wie sie auch allen ihren Bürgern ungeachtet des Ursprungs eindeutigen Rechtsschutz und die Garantie einer vollen und gleichberechtigten Staatsbürgerschaft (*civic inclusion*) zusagen. Staatsbürgerschaft – die tatsächliche, wirkliche Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft, nicht die abstrakte Zugehörigkeit zur menschlichen Rasse – schützt die Menschenrechte aller.

Hannah Arendt war hartnäckig genug, die deutsche Katastrophe zum Mittelpunkt ihrer Arbeit zu machen, von „Elemente und Ursprüngen totaler Herrschaft“ bis zu „Eichmann in Jerusalem“. In einem Amerika, das sich nicht, oder noch nicht, intensiv mit dem Holocaust beschäftigte, waren ihre frühen Werke in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts die ersten, die die Fragen stellten, auf die es keine Antworten gibt: Wie sich ein Rechtsstaat einem Psychopathen ergeben konnte, wie die hoch entwickelte und kultivierte deutsche Gesellschaft, die nicht mehr und nicht weniger antisemitisch als jedes andere bürgerliche Milieu in Europa war, den Genozid so eifrig unterstützt hatte; warum Juden so lange brauchten, um die heraufziehende Katastrophe zu erkennen und so wenig unternahmen, um zu fliehen oder sich zu verteidigen.

Sie war so unsentimental, dass sie bei diesen Fragen sogar einen Eindruck von Grausamkeit hervorrief. Es ist schwer, die Stellen in „Eichmann in Jerusalem“ über die Komplizenschaft der Juden bei ihrer eigenen Vernichtung zu lesen: Die Bereitschaft des Judenrats und der jüdischen

Organisationen, die die Forderungen der Nazis nach Listen von Juden erfüllten, deren Anführer danach trachteten, zu verhandeln, während sie Mitglieder ihrer eigenen Gemeinschaft dem Tode auslieferten. Nichts ist wirklich schmerzhafter als die Frage nach jüdischer Komplizenschaft bei ihrer eigenen Annihilation und nichts ist schwerer zu bewerten und zu beurteilen. In der Tat ist das Thema ein entscheidender Test für ihr gesamtes Werk: Sie machte moralisches Urteilsvermögen zur zentralen Aufgabe des Lebens eines unabhängigen Intellektuellen; die Richtigkeit solcher moralischen Urteile war die wahre und letzte Prüfung der Autorität eines Intellektuellen.

Sie bestand auf intellektueller Neugier um jeden Preis. Wenn Eichmann kein Recht hatte, die moralische Verantwortung für seine Verbrechen abzustreiten, dann hatten auch die Opfer, die im Judenrat als seine unfreiwilligen Helfer dienten, kein Recht, ihre Verantwortung abzustreiten. Sie verteidigte die Satz, dass sowohl Opfer wie Täter ihre Verantwortung hatten, mit Heftigkeit und Klarheit. Sie bestand darauf, dass Verantwortung individuell ist. So etwas wie eine allgemeine deutsche Kriegsschuld oder jüdische Komplizenschaft gab es nicht – wenn jeder schuldig ist, dann ist niemand verantwortlich. Die Individuen aber, die behaupteten, dass sie hilflose Schachfiguren von Bürokratie, Schicksal oder Notwendigkeit waren, entzogen sich der primären Verantwortung aller Individuen: glaubwürdige moralische Rechenschaft über ihr eigenes Handeln abzulegen.

Sie betonte Verantwortung im besonderem Maße, da sie schon mit Anfang Zwanzig den Entschluss treffen musste, der für Juden in Deutschland Leben oder Tod bedeutete: zu bleiben oder zu gehen. Sie traf ihren Entschluss im Jahre 1933 und würde ihr ganzes Leben lang behaupten, dass, wenn sie die Verantwortung für diesen Entschluss übernehmen konnte, es auch andere gekonnt hätten.

Bei der Bewertung ihrer Sicht der Verantwortung muss ich eine weitere Stimme in die Diskussion einführen, einen weiteren meiner intellektuellen Mentoren, Isaiah Berlin. Isaiah Berlin konnte Hannah Arendt nicht leiden, so wie er wenige Intellektuelle nicht leiden konnte. Ich habe versucht zu verstehen, wie zwei Persönlichkeiten, die mir so viel bedeuteten, so entgegengesetzt sein konnten. Er verstand sich als Shtetljuden, einen gemütlichen, russischen, Tee trinkenden Juden und er sah Hannah Arendt als den typischen Jekken, den peinlich korrekten, anspruchsvollen deutschen Juden ohne jeden Charme. Er war Zionist, wie sie es zwar auch war, aber mit einer sehr viel größeren Zurückhaltung in Bezug auf den Staat Israel und seinen Kampf. Es gibt jedoch eine Facette ihres Streits, der über Temperament und Erfahrung hinausgeht. Er meinte, es wäre moralische Impertinenz, dass sie aus dem sicheren Exil in New York das Verhalten von Juden verurteilte, die mit den Nazis in Städten wie Riga kollaboriert hatten. Dies war aber teilweise deswegen, weil sein Onkel Mitglied des Judenrates von Riga während der nationalsozialistischen Okkupation gewesen war und Berlin glaubte, dass niemand darüber ein Urteil fällen konnte, was Menschen unter solchen Umständen von Terror und Angst taten. Kurzum, er hatte das Gefühl, dass es ihr an Mitleid mangelte und dass sie sich mit ihren Prinzipien von Verantwortung der Arroganz und Grausamkeit schuldig machte. Sie war 1933 ausgewandert, und seine Familie, blind, getäuscht und ewig hoffnungsvoll, war geblieben. Warum hatte sie das Recht, diese Blindheit zu verurteilen, oder die verzweifelten Versuche dieser Menschen, am Leben zu bleiben?

Arendt war davon ausgegangen, dass die Entscheidungen, die jüdische Führer während der Besetzung durch die Nazis trafen, mit den gleichen Maßstäben von Verantwortlichkeit beurteilt werden müssten wie die der Täter. Sie zitierte ihre Freundin Mary McCarthy: „Wenn jemand eine Schusswaffe auf dich richtet und sagt, ‚töte deinen Freund, oder ich töte dich‘, führt er dich nur in *Versuchung*, das ist alles.“ Hannah Arendt vertrat die Meinung, dass, während es vielleicht unmöglich sei, direktem Zwang zu widerstehen, es möglich sei, Versuchung zu widerstehen. Dieses Prinzip sollte in gleichem Maße auf Täter und Komplizen anwendbar sein. Wenn eine solche Unterscheidung nicht beibehalten würde, so Arendt, dann wäre die persönliche Verantwortung vollends verloren.

Während es aber für den *Täter* eine Versuchung ist, zu sagen: „Töten deinen Freund, oder ich werde dich umbringen“, unterliegt das Opfer, das so genötigt wird, einer sehr direkten Form des Zwangs. Hannah Arendt hat durch diese Zusammenfassung zwei sehr unterschiedliche Erfahrungen miteinander gleichgesetzt: Die des deutschen Täters, der Befehle verweigern konnte, die dazu führten, anderen zu befehlen, zu töten, und die des jüdischen Kollaborateurs, der wusste, dass er zwischen dem Tod für alle und dem Tod für einige, zwischen sofortigem oder späteren Tod wählen musste.

„Mir wurde gesagt,“ sagte Hannah Arendt später wütend, „dass es an sich falsch ist, zu richten: Niemand kann richten, der nicht dabei war.“ Es ist aber eine Sache, auf das Recht, Eichmann und seinesgleichen zu richten, zu bestehen und eine völlig andere, das Recht für sich zu beanspruchen, das Verhalten von jüdischen Kollaborateuren zu richten – und zu verurteilen. Der zweite Fall verlangt eine

andere Art von Urteilsvermögen, eine, die nicht Verständnis und Vergeben durcheinander bringt, die aber sehr wohl auf Empathie als Auftakt zu einem Urteil besteht. Empathie ist nicht dasselbe wie Sympathie. Hier bedeutet Empathie die Fähigkeit, sich in die moralische Welt derjenigen, die mit unerträglichen Alternativen konfrontiert werden, hineinzusetzen und zu verstehen, wie denn eine Wahl zwischen diesen Alternativen getroffen werden konnte. Empathie unterstellt die Fähigkeit, zwischen der Verurteilung, wie sie für einen Täter angebracht ist, und wie sie für seinen jüdischen Komplizen angebracht ist, unterscheiden zu können. Die Anschuldigung in diesem Fall ist fundamentaler Natur: dadurch, dass Hannah Arendt ethisches Urteilsvermögen zur zentralen Aufgabe intellektuellen Lebens und zum Hauptanspruch auf Autorität für ein solches Leben gemacht hatte, mangelte es ihr an dem einen wesentlichen Merkmal von Urteilsfähigkeit: Mitleid.

Wenn ich jemanden beschuldige, zu wenig Mitleid zu haben, wäre es unverschämte, dies zu tun, ohne selber Mitleid zu zeigen. Sie argumentierte, so wie sie es tat, wegen ihrer leidenschaftlichen Hingabe an die individuelle ethische Verantwortung des Individuums und schlimmstenfalls kann man über sie sagen, dass es ihr deshalb an Mitleid mangelte, weil sie für das beste aller intellektuellen Anliegen eintrat: allen das Recht, sich um ihre Verantwortung zu drücken, zu verwehren, sogar den Opfern. Verantwortung war für sie ein äußerst wichtiges Wort: die Verantwortung von Männern und Frauen in höchster Not, die Verantwortung von Intellektuellen in Kriegs- wie in Friedenszeiten. Sie nahm ihre eigene Verantwortung ernst – darum übte sie Autorität aus. Ein Intellektueller trug in erster Linie Verantwortung für die Wahrheit, oder zumindest, da die endgültige Wahrheit schwer definierbar ist, Verantwortung für die moralische Pflicht, niemals etwas zu verfälschen, niemals Abkürzungen zu nehmen, niemals mit den Fakten zu spielen, niemals die Zulassung einer ungefälligen Ausnahme für eine Proposition, die den eigenen Ruf sichern könnte, abzulehnen. Es war dies eine einsame Verantwortung, eine sehr protestantische Idee, mit dem Gott der Wahrheit alleine zu sein, derjenige, der niemals spricht, niemals ein Zeichen gibt, niemals tröstet, niemals eingreift, der aber immer da ist, wenn auch im Verborgenen.

Man kann all dies sehr unbeugsam und streng klingen lassen, und vielleicht war es dies auch in ihrem Fall. Humor war nicht ihre starke Seite und sie vermittelte kein Gefühl – zumindest nicht in ihren publizierten Schriften – davon, dass ein intellektuelles Leben das erhebenste und freudigste Leben sein kann, das es gibt. Das kann es aber sein. Es war Isaiah Berlin – jene alte Igel, der so tat, als ob er ein Fuchs sei – der mich dies gelehrt hat.

Ich habe Hannah Arendt diesen Tribut gezollt, weil ich mich ihrer Unabhängigkeit so stark verbunden fühle, ihrer Ablehnung leichter Tröstung, ihrer Ablehnung, in den ideologischen Kriegen ihrer Zeit Partei zu ergreifen, ihrem Respekt für Fakten, ihrem starken Verantwortungsgefühl für die Wahrheit. Es wäre absurd zu sagen, dass ich mich an diese Maximen gehalten habe. Ich kann nur sagen, dass ich von ihnen inspiriert worden bin. Dass ihr Beispiel andere inspirierte, ist aber etwas Gutes, das man über jede Intellektuelle sagen kann. Nachdem ich Isaiah Berlin und Hannah Arendt einander gegenübergestellt habe, möchte ich abschließen, indem ich sie als Inspirationen zusammenstelle. Ich würde über Hannah Arendt das sagen, was ich über Isaiah Berlin gesagt habe, dass sie beide Beispiele dessen waren, wie ein intellektuelles Leben sein sollte: skeptisch, unvoreingenommen und frei.

Aus dem amerikanischen Englisch von Matthias Neumann

**Laudatio auf Michael Ignatieff,  
anlässlich der Verleihung des Hannah-Arendt-Preises,  
Thomas Schmid**

Ich möchte mit einer kleinen Umleitung beginnen, die in ein doppeltes Lob münden wird: in ein Lob des Preisträgers und in ein Lob derer, die diesen Preis verleihen und sich für diesen Preisträger

entschieden haben. Beide Male handelt es sich um ein paradoxes Lob. Also: Denker, Philosophen, gar politische Philosophen haben ihre Zeiten und ihre Konjunkturen. Sie sind nicht immer dann in Mode, wenn ihr Denken einer Gesellschaft hilfreich sein könnte, wenn es wirklich und dringlich gebraucht würde. Und sie kommen manchmal dann in Mode, wenn die Gesellschaft ihr Denken gewissermaßen schon halb eingeholt hat, wenn es gesellschaftsfähig geworden ist und seine Kraft fast schon eingebüßt hat. Hannah Arendt ist, so scheint mir, solch ein Fall.

In Deutschland hat das liberale Denken, hat das Denken der Freiheit bekanntlich keine allzu große Tradition – wir mochten immer lieber das Denken, das vollständig, das rückstandslos aufgeht, das keine Reste und keine Zweifel hinterläßt. Das Denken auch, das vom Großen und Ganzen und nicht vom einzelnen ausgeht. Deswegen hatte Hannah Arendt es lange schwer bei uns. Obwohl in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts einiges unternommen wurde, liberale und pragmatische Traditionen bei uns heimisch zu machen, wuchs das Ganze gewissermaßen nicht an. In den sechziger Jahren kam dann die große, mir in ihrer Wucht noch immer rätselhafte Abkehr, kam die linke Hinwendung zum marxistischen Paradigma, an dessen Spätfolgen wir immer noch laborieren. Keine gute Zeit war das für Hannah Arendts Denken, obwohl diese doch durchaus Sympathie für die Revolte der Studenten geäußert hatte und obwohl fast alle ihrer Bücher sofort in Deutschland veröffentlicht wurden. Die Bewegung der Freiheit, als die sich die Revolte der sechziger Jahre nicht gänzlich zu Unrecht verstand, suchte sich überraschenderweise eher Vordenker der Unfreiheit – und ließ die Denkerin der Freiheit links liegen, die damals weit, weit weniger Gegenstand öffentlicher Erörterung war als etwa Theodor W. Adorno oder gar Herbert Marcuse.

Das begann sich in den achtziger Jahren und erst recht dann mit dem offiziellen Ende des Kommunismus zu ändern. Als die ideologische Abkehr von den alten linken Sicherheiten schon voll im Gange war, wurde aus dem Geheimtip Hannah Arendt im Laufe von nur einem Jahrzehnt fast so etwas wie eine kanonisierte Klassikerin, eine Heroine. Man kann es sich fast nicht mehr leisten, Hannah Arendt

nicht zu zitieren, selbst Politiker wie Wolfgang Schäuble, der sicher nicht dem liberalen Denkstrom entstammt, scheinen in ihren Büchern ohne Arendt-Zitate nicht mehr auskommen zu können.

Manchmal denke ich, das sei des Guten zuviel – und es erinnert mich an den zu ubiquitären Umgang, den man vor Jahrzehnten mit Walter Benjamin pflegte. Auch den Kreis, der diesen Preis vergibt, hatte ich im Verdacht, des Guten vielleicht zu viel zu tun. Vielleicht, dachte ich, wäre es gut, Hannah Arendt eine Zeitlang ruhen zu lassen, wäre es gut, ihr Werk sich eine Zeitlang ungestört regenerieren zu lassen, sie eine Zeitlang weniger zu zitieren, sie nicht länger als Leitgestirn zu betrachten. Und da wird plötzlich Michael Ignatieff zum Preisträger gekürt. Ignatieff hat – vom Roman bis zum Essay – viele Bücher geschrieben, eines davon ist mir besonders lieb: die Biographie des in Riga geborenen und 1997 in London gestorbenen Isaiah Berlin – eines erzliberalen Denkers, der es nicht eben leicht hatte in Deutschland. Berlin war nun alles andere als ein Freund Hannah Arendts und ihres Denkens. Im Gespräch sagte er einmal: „Ich gebe zu, daß ich die Ideen dieser Dame nicht besonders schätze. Viele ausgezeichnete Leute“ – er nennt etwa W.H. Auden und Mary McCarthy – „haben ihr Werk bewundert. Ich kann das nicht.“ Nicht Denken finde er hier, sondern einen Strom „freier metaphysischer Assoziationen“, viel zu stark vom dunklen Denken Heideggers beeinflusst. Und Berlin brachte stichhaltige Argumente dafür vor, daß Arendts berühmte Wendung von der „Banalität des Bösen“ in die Irre führen könnte: nein, sagte er mit Nachdruck, banal waren die Nazis nicht gewesen.

Wie auch immer, Michael Ignatieff hat eine preisende Biographie des Arendt-Hassers Isaiah Berlin geschrieben, und eben dieser Ignatieff bekommt den Hannah-Arendt-Preis. Ich hoffe, ich gehe in der Annahme nicht ganz falsch, daß sich hier ein Ende der Arendt-Orthodoxie – oder freundlicher gesagt: des allzu heiligmäßigen Umgangs mit Hannah Arendt – ankündigt. Jedenfalls hat die Preisverleihung an Mr. Ignatieff unter diesem Gesichtspunkt durchaus eine leicht ironische Pointe. Und das spricht – stellt man den Bierernst in Rechnung, der in Deutschland gewöhnlich auch im Reich des Geistes herrscht – wunderbar. Ich sehe die Preisverleihung

als einen unorthodoxen Akt an, durch den ein Autor geehrt wird, der zwar einen klaren Kompaß – den der Menschenrechte – hat, der aber aus guten Gründen nicht berechenbar ist.

Wer ist Michael Ignatieff? Er gehört zu einer in Deutschland ziemlich unbekanntem Spezies. Er ist ein scharfer Denker, der aus der linken Tradition kommt – dem es aber scheinbar mühelos gelungen ist, zu einem recht populären Autor zu werden, dessen Stimme zählt. Und er gehört einer, wenn man so will, Richtung an, die bei uns bisher recht marginal geblieben ist: er ist ein linker Liberaler. Und er ist ein Autor, der erfolgreich zwischen den Genres segelt: er hat klassische Analysen und Essays geschrieben, hat für das Fernsehen gearbeitet, hat das veröffentlicht, was man bei uns „schöne Literatur“ nennt. Und er übt sich in der Kunst des beharrlichen Hinsehens: Er hat die verschiedensten Krisenschauplätze der Welt in Augenschein genommen, um sich ein Bild zu machen und darüber zu schreiben. Hinter all dem vermute ich einen Ansatz zu erkennen, den ich den der liberalen Neugier nennen will, der die Beobachtung prinzipiell unabgeschlossen bleibt.

Ich möchte das am Beispiel eines älteren Buches von Ignatieff – den vor zehn Jahren in deutscher Übersetzung erschienenen „Reisen in den neuen Nationalismus“ – erklären. Der Autor reiste damals etwa nach Nordirland, ins frankophone Kanada oder auf den Balkan – in Regionen also, in der bestimmte Minderheiten gegen ihren tatsächlichen oder eingebildeten unterprivilegierten Status kämpfen, in Regionen, in denen hartnäckig und fast ohne jede Aussicht auf irgendeine Lösung Konflikte militant ausgetragen werden, die uns atavistisch und deswegen absurd bis unbegreiflich erscheinen. Für solche Fälle hat man, vergrößernd gesprochen, in Deutschland zwei Genres zur Verfügung: die Reportage und die Analyse. Die Reportage läßt, wenn sie gut ist, die bunte Absurdität des Geschehens vor dem Leser aufscheinen: sie ist ein Feuerwerk aus bizarren, aber ganz realen Episoden – das also gibt es auch und wirklich, denkt sich die Leserin. Und dann die Analyse: sie verzichtet auf Anschauung und ist, in Deutschland schon gar, bemüht, das Ereignis rest- und rückstandslos zu erklären – so also, nimmt der Leser zur Kenntnis, verhält es sich, aus diesen Quellen

also speist sich die Gewalt. Beide Methoden – die Nur-Reportage und die Nur-Analyse – haben ihre Mängel: die Reportage setzt eine Rätsel eindrucksvoll in Szene; und die Analyse löst das Rätsel derart endgültig auf, das es sein Verstörendes, sein Rätselhaftes verliert.

Es ist im Grunde auf den ersten Blick zu erkennen, daß es so nicht geht. Wirklichkeit, gar die von Krisensituationen, hat grundsätzlich eine Eigenschaft, die in Deutschland oft als störend empfunden wird: sie geht nicht auf, sie schlüpft einem immer wieder durch die Finger, sie überlebt Beschreibungen und ist stärker als Begriffe. Man kann das, wie viele deutsche Denker es getan haben, zum Anlaß für den Versuch nehmen, die Wirklichkeit begrifflich niederzuzwingen und in ein Schema zu zwängen. Man kann aber auch – das ist die Haltung des liberalen Skeptikers – von Anfang an auf ein derart herkulisches Unternehmen verzichten. Man kann sich – angesichts der unabwiesbaren Tatsache, daß die Welt größer ist als man selbst – in Bescheidenheit üben und versuchen, sich der Wirklichkeit zu nähern, ihre Fährte aufzunehmen, sie am Ende beschreibend zu analysieren und analysierend zu beschreiben. Wenn ich mich nicht sehr täusche, ist das die Methode von Michael Ignatieff, in den „Reisen in den neuen Nationalismus“, aber auch sonst. Vielleicht am eindrucksvollsten am Beispiel des Nordirland-Konflikts mit seinen ritualisierten, aber quicklebendigen Austragungsformen hat Ignatieff ganz einfach gezeigt, daß es sich lohnt, die Wirklichkeit immer und immer wieder in Augenschein zu nehmen. Auch: daß es die Sache endlicher Menschen ist, dies zu tun – und auf die Hybris zu verzichten, eine Sache wirklich „verstehen“ (im Sinne von restlos erklären) zu können. Es ist dies eine bescheidene und zugleich anti-autoritäre Haltung. Bescheiden ist sie, weil sie es für vermessen hielte, einen urteilenden Standpunkt über der Wirklichkeit – die sich aus dem prinzipiell unkalkulierbaren Zusammenspiel und Gegeneinanderspiel realer Menschen ergibt – einnehmen zu wollen. Und anti-autoritär ist sie, weil sie die Unmöglichkeit einer Eines-und-alles-Erklärung nicht titanisch als Niederlage des Menschens und seines Denkens nimmt, sondern als den Normalfall. Anti-autoritär ist diese Haltung auch, weil sie – bei aller narzißtischen Verliebtheit in die eigene Beobachtungsgabe – von einer Art Urvertrauen in die Vielfalt der Beobachtungsvermögen, der



Beobachtungssprachen getragen ist. Daß andere dies und das anders sehen, erscheint ihr nicht als Mangel, Fehler oder Unverschämtheit, sondern als normal, als wünschenswert und letztlich auch als Bereicherung. Das Denken, das sich dahinter verbirgt, hat etwas Kolloquiales, bewußt Vorläufiges, es will keinen Sieg und keinen Abschluß.

Ich will die Vorteile dieser Methode ganz kurz an zwei heimischen Beispielen skizzieren, einem ganz großen und einem nicht ganz so großen. Um mit letzterem zu beginnen: alle reden vom Um- oder Abbau des Sozialstaats, und die Fronten sind meist klar. Wieviel aber wäre gewonnen, wenn es gelänge, in einen anderen Ton zu verfallen. Wenn es gelänge, Erkundungsbewegungen in Gang zu setzen, vom Pro und Kontra wegzukommen, die festen Wurzeln deutscher Staatsgläubigkeit ebenso freizulegen wie die weniger festen deutschen Vermögens, auf die Kraft die einzelnen zu setzen. Beides steckt in der Wirklichkeit drin – und es täte der Debatte um die Zukunft des Sozialen sicher gut, wenn beides zur Sprache, zum Klingen gebracht würde. Das zweite Beispiel ist die lastende deutsche Vergangenheit. Weithin sind wir über zwei Sprachen der Wirklichkeitsversperrung nicht hinausgekommen. Hier die Sprache des Kleinredens, Vergessens, auch Relativierens – die Sprache derer, die auf das historische Gras setzen, das über dem schrecklichen Geschehen gewachsen sein möge. Und dort die Sprache der allzu frühzeitig Belehrtheit, die Sprache derer, die sich allzu schnell auf der richtigen Seite fühlen. Beides sind Methoden, der Wirklichkeit von damals auszuweichen, beides hilft nicht wirklich weiter. Wie es anders gehen könnte, hat Primo Levi in seinem ganzen Werk – Erzählung um Erzählung, Einzelheit um Einzelheit – gezeigt: es wird kein Zufall sein, daß Michael Ignatieff sein Buch über „Die Politik der Menschenrechte“ mit einem Zitat Primo Levis beginnt, in dem es um den Blick von Menschen auf Menschen geht.

Und es ist sicher auch kein Zufall, daß sich Ignatieffs liberale Methode des wiederholten Hinsehens, des Abwägens und der ebenso entschiedenen wie den Widerruf einplanenden Thesenbildung auch an dem Thema bewährt, das zum politischen Kern der gegenwärtigen Weltsituation gehört. Ich meine den 11. September

2001 und das, was sich seitdem merklich und unmerklich verändert hat. Der 11. September hat mit der Schlagartigkeit eines Blitzes deutlich gemacht, daß die Ordnung der Welt, die bis in den Herbst 1989 formell Bestand gehabt hatte, wirklich Makulatur geworden ist und daß wir uns auf weltgeschichtlichem Neuland zu bewegen beginnen. Das Erschrecken, das nach dem 11. September eine Zeitlang vorherrschte, war ganz von der schockhaften Einsicht in diesen Wandel geprägt – und einen Moment lang sah es so aus, als würde die ganze westliche Welt, als würden Amerika und Europa nun zusammenrücken, die eigenen geistigen Bestände gemeinsam sichten und gemeinsam das verteidigen, was an der westlichen Welt zu verteidigen ist. Dazu mag es vielleicht noch kommen – doch vorerst haben, und zwar erstaunlich schnell, die alten Reflexe wieder obsiegt, und zwar in einer Form und einer Schärfe, die längst der Geschichte anzugehören schienen. Hoffentlich nicht nur vorläufiger Endpunkt dieser Entwicklung war im vergangenen Jahr der Irak-Krieg, der fast die alten Fronten wiederhergestellt hätte: hier – in bestimmter europäischer Optik – das kriegsversessene, zu internationaler Bindung unfähige Amerika; und dort das durch seine Geschichte endlich belehrte Europa, das auf Frieden, Gespräch, Verständigung, Zusammenschluß, Kooperation, Teilung der Macht und letztlich auf die kommende Weltregierung setzt. Der Irak-Krieg hat die geistige Landschaft der westlichen Welt wieder orthodoxer gemacht.

Man kann die Veröffentlichungen Michael Ignatieffs aus dem letzten Jahrzehnt auch als einen präemptiven Versuch lesen, dieser Verhärtung, dieser rückwärts gewandten Tendenz zur Orthodoxie entgegenzutreten, es ihr schwer zu machen, als einen tastenden, keineswegs selbstgewissen Versuch, Zweifel auf beiden Seiten der neu-alten Front zu säen. Wieder ist die wiederholte Beobachtung die Methode: Ignatieff hat immer wieder die Orte besucht, die möglicherweise Laboratorien der neuen Weltordnung oder Weltunordnung sind: auf dem Balkan etwa oder in Afghanistan. Die Ergebnisse hat er in mehreren politischen Essay-Bänden veröffentlicht – zuletzt erschien in diesem Jahr auf deutsch „Empire lite. Die amerikanische Mission und die Grenzen der Macht“. Insbesondere in diesem Buch sieht es auf den ersten Blick so aus, als

sei Ignatieff ein entschiedener Advokat eines neuen Imperialismus der Vereinigten Staaten. Und in der Tat, er hat eher für als gegen die Irak-Intervention argumentiert – und übrigens in einem hübschen Stück für den „Guardian“ die, wenn man so will, persönlichen Folgen beschrieben: Er, der doch ganz zögerlich und seiner selbst keineswegs gewiß Ja zu dem Krieg sagte, sah sich plötzlich im persönlichen Bekannten-, ja Freundeskreis ziemlich isoliert. Das ging so weit, daß Einladungen und gemeinsame Essen nur dann noch glimpflich verliefen, wenn man den Krieg – das zweifellos wichtigste Thema dieser Tage – konsequent ausklammerte und beschwieg. Man sieht: die Kunst des Dissenses ist eine auch im Angelsächsischen schwierige Kunst.

In „Empire lite“ ist ausführlich von einem seltsamen Menschen, einem gewissen Gilles Pequeux die Rede. Der ist ein französischer *ingénieur des ponts et chaussées*, wohnt seit etwa acht Jahren in Mostar und betreibt mit Sachkenntnis wie Leidenschaft den Wiederaufbau, besser: den alten Neubau der berühmten, 1566 erbauten Brücke über die Neretva. Der Mann weiß, daß ohne den Wiederaufbau der Brücke, die nach ihrer Zerstörung 1993 den kroatischen vom muslimischen Teil der Stadt trennte, eine wirkliche Verständigung und eine Zukunft nicht möglich sein werden. Er weiß aber auch, daß die Brücke selbst nur ein Angebot ist, das die Menschen und das die Wirklichkeit durchaus auch ausschlagen kann. Auch Ignatieffs Lesart des gegenwärtigen Weltkonflikts ist, wenn ich ein wenig schwärmerisch werden darf, ein solcher Vorschlag für einen möglichen, aber keineswegs zwingenden Brückenschlag. Von ihm möchte abschließend reden, denn er scheint mir geeignet, den Graben zwischen Amerika und Europa weniger tief zu machen.

Viele von uns sind mit der Überzeugung politisch groß geworden, Imperialismus sei eine schlechte, ausschließlich eine schlechte Sache. Vietnam war das Lehrstück. Ignatieff erinnert indes daran, daß durchaus auch lautere Motive am Beginn des amerikanischen Vietnam-Engagements standen: nämlich, neben geopolitischen Interessenserwägungen (legitim auch sie), die Überzeugung, daß eine Eroberung Südvietnams durch das kommunistische

Nordvietnam eine auch unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte schlechte Sache wäre (eine Überzeugung, die dadurch beschädigt wurde, daß Amerika in Südvietnam ein durch und durch korruptes Regime unterstützte). Ignatieff verallgemeinert diesen Impuls zu recht und arbeitet ein grundsätzliches Problem heraus. Demokratie, sagt er, kann – soll sie ernstgenommen werden – keine selbstgenügsame Sache sein. Es geht in ihr mehr als um die jeweilige nationale Selbstbestimmung (die – eine Last, die aus dem 19. Jahrhundert stammt – zu Unrecht zum Movers von Demokratisierung erklärt worden ist). Wenn Demokratie etwas mit den unteilbaren Menschenrechten zu tun haben soll, dann kann sie im Prinzip an den Grenzen eines Staates nicht Halt machen. Gehen wir davon aus – und unsere hohe geistige wie unsere blutige reale Geschichte nötigen uns dazu –, daß die Menschenrechte unteilbar sind, daß jeder Mensch ein Recht darauf hat, in seinen Menschenrechten geachtet und geschützt zu werden: wenn wir von all dem ausgehen, dann stehen wir virtuell auf der imperialistischen Seite. Demokratie, ernst gemeint, hat einen imperialen Drall. Und es ist falsch, was seit dem neuen Irak-Krieg in jeder konservativen wie linken Denkerunde als fundamentale Gewißheit eifrig heruntergebetet wird: daß Demokratie nicht exportiert werden könne. Schon unsere eigene, die deutsche, Erfahrung sollte uns – bei allen historischen und gesellschaftlichen Unterschieden zwischen Deutschland und dem Irak – etwas anderes lehren.

Amerika, sagt der idealistische Realist Ignatieff, ist als einzige Supermacht übriggeblieben (was es, durchaus auch isolationistisch gesonnen, nie wirklich gewollt hat). Schon das schandbar zögerliche Verhalten Europas auf dem Balkan hat gezeigt, daß ohne die Vereinigten Staaten eine Politik der Freiheit und der Menschenrechte schlicht unrealistisch ist. Also müssen wir sie mit Amerika betreiben, und dürfen nicht länger die amerikanischen Fehler – etwa: daß sie den strategisch passenden Diktaturen gegenüber nachsichtig sind, daß sie die Taliban großgezogen haben, daß sie insgesamt die langfristigen Folgen ihres Handelns nicht rechtzeitig bedenken – als Ausrede nutzen, um uns von Amerika zu entfernen und uns auf das aussichtslose Abenteuer einer dialogischen Weltordnung ohne die Vereinigten Staaten einzulassen.

Die Kritiker – und selbst die Befürworter sind meist Kritiker – haben ja recht: Amerika macht oft keine gute Figur, seine Politik schwankt zwischen großer Klappe und kleinlichem Verfolg eigener Interessen und die Kunst der Bindung ist ihm oft fremd. Eben deswegen aber bedarf es aller Anstrengungen, den faktischen imperialen Impuls der Vereinigten Staaten jede nur denkbare zivile Hilfe zu geben. Dafür scheint mir Michael Ignatieff zu plädieren.

Nichts ist da einfach. Der neue Imperialismus, sagt Ignatieff, hat es eilig: er will sich nicht, wie der alte, festsetzen, sondern sich überflüssig machen. Und er muß das tun, weil ihm die Wähler sonst die rote Karte zeigen würden. Es bleibt aber das schmerzhaftes Paradox, daß er – ich zitiere wörtlich – „zur Vorbedingung für Demokratie“ geworden ist: trotz allen Vormarschs der Demokratie in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten bleibt die Tatsache, daß es demokratieresistente Regionen gibt, daß von diesen wirkliche Gefahren ausgehen können und daß die Demokratie, seit dem 11. September 2001 für alle erkennbar, asymmetrischen Angriffen ausgesetzt sein wird. Ist es human und vertretbar, militärische Antworten darauf auszuschließen?

Unter anderem zwei Ideen waren für die Generation der 68er prägend: die Idee der Gleichheit aller Menschen; und die – damals antiimperialistisch verkleidete – Idee, daß jedes Volk ein Recht habe, sich selbst frei von äußerer Einmischung zu regieren. Ignatieff sagt: „Es ist zumindest nicht ohne Ironie, daß liberale Anhänger dieser Ideen – jemand wie ich zum Beispiel – am Ende für die Errichtung eines neuen, humanitären Imperiums plädieren, einer neuen Form kolonialer Vormundschaft über die Völker des Kosovo, Bosniens und Afghanistans.“ Und, so könnte man wohl hinzufügen, des Iraks. Das sind ungemütliche, eine ungemütliche Praxis präludierende Gedanken. Sie sind nicht ohne Entschiedenheit, und doch gebrochen. Sie sind pathetisch – und zugleich von Ironie nicht frei. Sie meiden den Fundamentalismus der unbedingten Kriegsgegner ebenso wie den der unbedingten Kriegsbefürworter.

## Staatsrätin Elisabeth Motschmann

Heute wird hier der kanadisch-amerikanische Politikwissenschaftler, Romancier und Essayist Michael Ignatieff mit dem „Hannah Arendt-Preis für politisches Denken“ ausgezeichnet.

Ich möchte Ihnen, sehr geehrter Herr Prof. Ignatieff, die Glückwünsche des Bürgermeisters und des Senats der Freien Hansestadt Bremen überbringen. Normalerweise findet die Preisverleihung in unserem schönen historischen Rathaus statt. Wenn sie diesmal in die Kunsthalle verlegt worden ist, so nicht, weil der Senat sie nicht mehr im Rathaus haben möchte, sondern weil Terminüberschneidungen dies erforderlich machten. Im nächsten Jahr sehen wir uns hoffentlich im Rathaus wieder.

Es ist eine unruhige Zeit, in der Herr Ignatieff gewürdigt wird. Ich nehme einmal an, die internationale Jury hat sich etwas dabei gedacht, gerade diesmal einen Amerikaner zu prämiieren. Und zwar einen Amerikaner, der seinem Land loyal und kritisch gegenübersteht.

Wie Sie wissen, ist Bremens Senat von den beiden großen Volksparteien gebildet worden. Und wir waren uns zwischen den Parteien beileibe nicht immer einig, was die Bewertung der gegenwärtigen Lage anging. Aber ich denke, dies ging den meisten Bürgerinnen und Bürgern so. Wo man auch hinschaute, die Menschen waren und sind in heftige Debatten über das Für und Wider des Krieges und die politische Verantwortung Deutschlands verwickelt. Dies macht eine lebendige Demokratie aus, dass sie sich eben auch streitet.

Inzwischen kann man klarer sehen, welche neuen Fragen dieser Krieg aufwirft, jetzt nachdem der Diktator verjagt ist.

Die jüngsten Anschläge in Irak und in der Türkei deuten darauf hin, dass wir innerhalb des Westens ernsthaft sowohl über sicherheitspolitische Fragen, als auch über unsere politischen Ziele in der Welt sprechen müssen.

Aber es zeigt sich auch, dass wir für den kulturellen Raum zwischen den Kulturen der Welt mehr tun müssen als bisher. Mehr tun, das heißt vor allem, die Kulturen dieser Welt miteinander in Beziehung zu setzen.

In diesem Klärungsprozess benötigen die Vereinigten Staaten als die erste Macht des Westens unsere Solidarität. Die würde Deutschland auch für sich selbst einfordern wollen und können in einem ähnlich gelagerten Fall.

Aber was heißt eigentlich Solidarität? Was ist dieses vielbeschworene Miteinander der Kulturen? Augenscheinlich bedürfen diese Worte einer erneuten Präzisierung. Es geht bei der Solidarität um eine freundschaftliche Begleitung in guten und in schwierigen Zeiten. Um Kritik und Zustimmung, um Konflikte und Gemeinsamkeiten, die in einem gemeinsamen Verständnis von Freiheit und Sicherheit, von Politik und Kultur geführt und bestanden werden.

Was auf der großen Ebene gilt, wiederholt sich im kleinen.

Die Hansestadt Bremen ist weltoffen, ihre Bürgerinnen und Bürger sind tolerant und von daher fühlt sich Bremen auch besonders betroffen von der gegenwärtigen Weltlage. Weltoffenheit und Toleranz –

dies sind keine Wendungen, die sich von selbst verstehen. Es lohnt sich, darüber nachzudenken, was Toleranz und Weltoffenheit unter den gegenwärtigen Umständen bedeuten.

Die politische Tugend der Toleranz, für die die Hansestädte berühmt geworden sind, besteht ja gerade darin, dass ich den Andersdenkenden meine Überzeugung bezeuge und dass ich dem anderen in seinem Anderssein ertrage und erdulde. Genau diese Bedeutung ist es, die in dem lateinischen „tolerare“ steckt: Man muss nicht die Meinung eines anderen teilen, um seine Toleranz unter Beweis zu stellen.

Immanuel Kant, jener berühmte deutsche Philosoph, der ebenfalls aus einer Hansestadt, nämlich Königsberg, stammte, schrieb 1795 in seinem Text „Zum ewigen Frieden“, den er als „philosophischen Entwurf“ bezeichnete, dass sich die Völker als getrennte wahrnehmen und respektieren müssen, um in der Lage zu sein, miteinander in Verbindung zu treten.

In diesem Sinne verstehe ich die Preisvergabe an Sie, Herr Prof. Ignatieff, als Beitrag zur kritischen Diskussion über die Weiterentwicklung unseres gemeinsamen Verständnisses vom Westen. Ich beglückwünsche Sie noch einmal herzlich zu diesem Preis und Ihnen allen, meine Damen und Herren, wünsche ich einen erfolgreichen Abend.